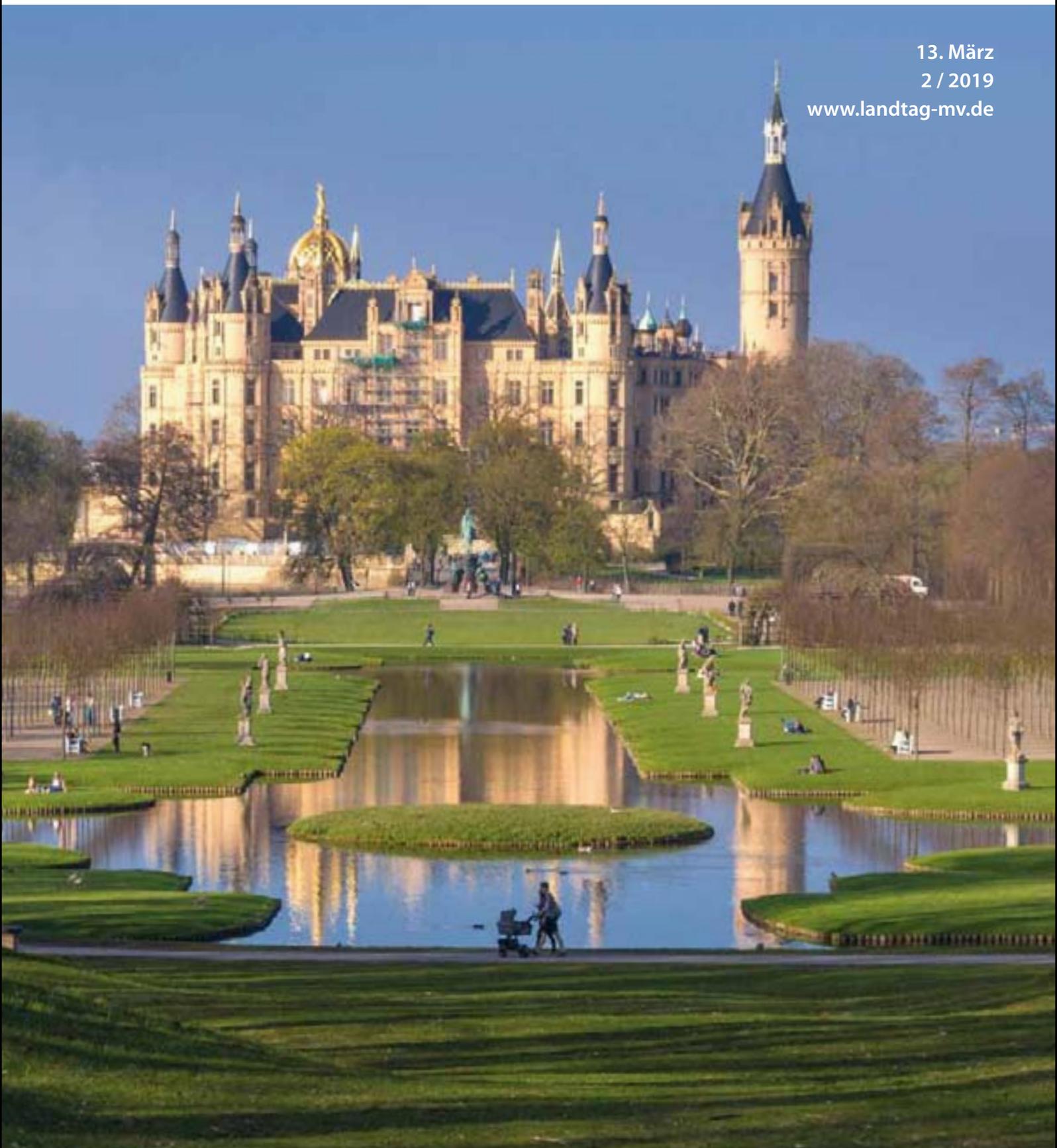


13. März  
2 / 2019  
[www.landtag-mv.de](http://www.landtag-mv.de)



+++ Für ein gesundes Schulessen +++ Unterausschuss zu Verfassungsfragen? +++ Mehr Geld für Jugendarbeit +++  
Dringlichkeitsantrag zur Unimedizin Rostock +++ Ausschuss bei Reiterstaffel in Hamburg +++ Das persönliche  
Dutzend: Manfred Dachner +++ Batsheva Dagan berichtet in Holocaust-Gedenkstunde +++



Titelfoto: Uwe Sinnecker

3	Gastkolumne	Axel Seitz, NDR-Redakteur, zur Erinnerungskultur und Aufarbeitung jüngerer deutscher Geschichte
4 – 16	AUS DEM PLENUM	
4 – 5	Aktuelle Stunde	„Mit europäischer Zusammenarbeit Frieden und Wohlstand sichern“
6 – 15	Berichte	Für ein gesundes Schulessen – Schulgesetz soll Qualitätsstandards vorgeben Braucht M-V ausländische Fachkräfte? Ist die Verfassung zeitgemäß? Prüfung eines Unterausschusses angeregt Raus aus dem Funkloch – Bundesratsinitiative für Netzausbau Mehr Geld für Jugendarbeit - Gesetzesnovelle angekündigt Straßenausbau: Beiträge ade - Gesetz wird erarbeitet
		Dringlichkeitsantrag zu Sondervergütungen Unimedizin Rostock
16	Weitere Beschlüsse	Aufarbeitung der SED-Diktatur – Neuer Behördenname Barrierefreie Webseiten – Umsetzung von EU-Vorschriften Keine Karenzzeiten – Wechsel von Ministern in die Wirtschaft direkt möglich Wahlalter ab 16 abgelehnt
17	Gesetzgebung	Laufende und abgeschlossene Gesetzgebung
18 – 19	AUS DEN AUSSCHÜSSEN	<i>Innen- und Europaausschuss:</i> Mitglieder informieren sich über Reiterstaffel <i>Wirtschaftsausschuss/Agrarausschuss:</i> Reitwege in M-V – Expertenanhörung in gemeinsamer Sitzung <i>Rechtsausschuss:</i> „Richter gesucht“ – Zukunft der Justiz erneut Thema <i>Ausschuss der Regionen:</i> Digitalisierung im Gesundheitswesen als Schwerpunkt auf 133. Plenartagung <i>2. Parl. Untersuchungsausschuss (NSU):</i> Parlamentarierinnen vom Thüringer Landtag beantworten Fragen
20 – 23	PANORAMA	Das persönliche Dutzend: Manfred Dachner Holocaust-Gedenkstunde: Verraten. Dem Tode geweiht. Überlebt. – Batsheva Dagan berichtet
24	Chronik	

**IMPRESSUM**

Herausgeber:  
**Landtag Mecklenburg-Vorpommern**  
 - Öffentlichkeitsarbeit -  
 Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin  
 Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151  
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de  
 Internet: www.landtag-mv.de

**Redaktion:** Referat Öffentlichkeitsarbeit,  
 Claudia Richter, Anna-Maria Leistner,  
 Michaela Ludmann

**Layout:** Uwe Sinnecker,  
 www.uwe-sinnecker.de

**Druck:** produktionsbüro TINUS  
 Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.  
 Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LANDTAGSNACHRICHTEN können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.  
 Redaktionsschluss 22.02.2019

## Post aus Wien



Foto: privat

Axel Seitz ist Hörfunkredakteur beim Norddeutschen Rundfunk im Landesfunkhaus Mecklenburg-Vorpommern und Gründungsmitglied der Landespressekongferenz M-V e.V.

■ Unverhofft kommt Mitte Februar Post aus Wien. Der Absender der e-Mail ist ein Mann, der nach Spuren seines jüdischen Vaters sucht. Geboren 1925 in Minsk wurde Josef mit 16 Jahren von den deutschen Besatzern zunächst in ein Ghetto gesteckt und später in ein Konzentrationslager verschleppt. Im Frühjahr 1945 endete für den jungen Mann einer der berüchtigten Todesmärsche kurz vor Schwerin, hier lebte er damals für einige Jahre, gehörte der Jüdischen Gemeinde an.

Schriftstücke, Akten und historische Abhandlungen. Ohne Zeitzeugen fehlt der Geschichte das Gesicht des Einzelnen. Heute ist es einfach, sich mit Hilfe des Internets zu informieren. Sowohl über die tatsächlichen, historisch belegten Fakten als auch über das vermeintliche Gegenteil. Diesem kruden Wirrwarr stellen sich Zeitzeugen entgegen. Wer mag sich erdreisten, dem zu widersprechen, was Batsheva Dagan und die zahlreichen anderen Zeitzeugen erlebt haben.

stimmtes Ereignis, eine historische Epoche keine Zeitzeugen mehr geben. Muss damit auch die einzelne Geschichte, das einzigartige Erlebnis verschwinden?

Bereits seit vielen Jahren wird auf vielfältige Weise versucht, die persönlichen Geschichten der Betroffenen für die Zukunft festzuhalten. Der Regisseur Claude Lanzmann setzte bereits in den 80er Jahren Holocaust-Überlebende für seinen Dokumentarfilm „Shoah“ vor die Kamera, rund ein Jahrzehnt danach interviewte die „Shoah Foundation“ auf Initiative von Steven Spielberg zehntausende Zeitzeugen. Erst im vergangenen Februar startete der WDR eine App, mit der Zeitzeugen als Hologramm in Klassenzimmern Kindern und Jugendlichen von ihren Erlebnissen berichten können. Immer wieder stehen die nachfolgenden Generationen vor der Aufgabe, dass die jeweils einzelne Geschichte nicht in Vergessenheit gerät.

Das trifft auch auf jenen e-Mail-Absender aus Wien zu, der nun schrieb, wie das Leben seines Vaters Josef bis zu dessen Tod 2008 weiterverlief. Der Sohn wurde damit zum neuen Zeitzeugen. Vielleicht besucht er einmal Schwerin – die Stadt, in der sein Vater nach der KZ-Haft die Freiheit erlangte und in der im kommenden Monat – Ende April – die neugegründete Jüdische Gemeinde ihr 25-jähriges Bestehen feiert. Wieder ein historisches Datum und erneut sind Zeitzeugen gefragt. Aber das ist schon wieder eine neue Geschichte.

**Axel Seitz**

„ Ohne Zeitzeugen fehlt der Geschichte das Gesicht des Einzelnen. “

Wer ist dieser Mann, der Ende der 40er Jahre aus Mecklenburg unbekannt verzog? Josef ist Überlebender des Holocaust. Genau wie Batsheva Dagan. Auch sie wurde 1925 geboren, kam in ein deutsches Konzentrationslager und überstand die Shoa. Batsheva Dagan war im Januar der Einladung des Landtags von Mecklenburg-Vorpommern gefolgt und hatte während einer Feierstunde über ihr Schicksal berichtet. Eine hochbetagte, jederzeit geistig frische Zeitzeugin.

Zweifellos bleiben solch eine Begegnung und das persönliche Gespräch in Erinnerung. Frauen und Männer, denen unbeschreibliches Leid widerfuhr, berichten aus ihrem Leben. Durch ihre Erfahrungen wird für die Nachgeborenen die Vergangenheit erlebbarer als durch

Wenn es um die Aufarbeitung der jüngeren deutschen Geschichte ging, tat sich die Gesellschaft lange Zeit schwer damit, den Opfern zuzuhören. Es dauerte Jahrzehnte, bis in der alten Bundesrepublik die Judenverfolgung zum gesamtgesellschaftlichen Diskurs wurde. Erst eine amerikanische Fernsehserie zeigte Anfang 1979 der Bundesrepublik auf nachhaltige Weise, was der Holocaust war. Und in der DDR? Die SED hatte den antifaschistischen Staat verordnet, der sich einer Wiedergutmachung gegenüber Juden komplett verweigerte. Erst die Abgeordneten der freigewählten Volkskammer baten im April 1990 die Juden in aller Welt um Verzeihung.

Es ist nur zu natürlich, dass jeder Mensch stirbt. Irgendwann wird es für ein be-



Thomas Krüger (SPD)



Ministerpräsidentin Manuela Schwesig



Christoph Grimm (AfD)

## Zusammenhalt in der Krise

### Der Brexit, die EU und M-V: Landtag debattiert über europäische Zusammenarbeit

■ Es war ein historischer Tag in der Geschichte der Europäischen Union (EU): Im Juni 2016 stimmten die britischen Wähler mit einer Mehrheit von 51,9 Prozent dafür, die EU zu verlassen. Es ist das erste Mal, dass ein Mitglied aus dem Staatenbündnis austritt. Am 29. März 2019 soll es so weit sein - vielleicht. Kaum ein Tag vergeht, an dem der Brexit nicht im öffentlichen Fokus steht. Und mit ihm die Frage: Was bedeutet der Austritt für die EU? Wie vielschichtig die Facetten sind, zeigte auch die Diskussion, die der Landtag in seiner Aktuellen Stunde am 23. Januar führte. Die SPD hatte das Thema unter der Überschrift „Mit europäischer Zusammenarbeit Frieden und Wohlstand sichern“ auf die Tagesordnung gesetzt. Ein inhaltlicher Tenor, dem sich die anderen Fraktionen mehrheitlich anschlossen – nicht ohne jedoch auch Reformen zu fordern.

„In diesem Jahr jährt sich zum 80. Mal der Beginn des Zweiten Weltkrieges“, sagte SPD-Fraktionschef **Thomas Krüger**. Ein Krieg, der Millionen von Menschen Tod, Not und Leid gebracht habe. „Die Lehre aus diesem zivilisatorischen Bruch war hier in Europa, dass sich die Staaten zu einer Gemeinschaft zusammengeschlossen haben.“ Ein Bündnis, von dem auch M-V in den vergangenen fast 30 Jahren erheblich profitiert habe. „Immerhin gehen fast 60 Prozent unserer Exporte in den EU-Binnenmarkt.“ Es gehe aber nicht allein um wirtschaftliche Interessen. Eine der wichtigsten Errungenschaften sei Frieden. Umso betroffener mache es ihn, dass Großbritannien die EU verlassen wolle. „Ich halte die Entscheidung für falsch.“ Sie zeige sehr deutlich, wohin Nationalismus und Populismus führten und stürzten ein ganzes Land in politisches und wirtschaftliches Chaos. „Die Menschen nehmen dies sehr wohl wahr. Noch nie war die Zustimmung zur Europäischen Union so groß wie heute.“ Umfragen zufolge sehen Zweidrittel der EU-Bürger in einer Mitgliedschaft mehr Vor- als Nachteile für ihr Land. Wie

wichtig die Gemeinschaft sei, habe sich erst jüngst an den „wirtschaftlichen Erpressungsversuchen“ der USA gezeigt. „Trump hat auf Granit gebissen. Warum? Weil 28 Staaten wie eine Frau und wie ein Mann zusammengestanden haben.“ Mit Unverständnis reagierte er auf das ausgelaufene Partnerschaftsabkommen mit der Russischen Föderation. Europäische Zusammenarbeit müsse auch über die EU hinausgehen. „Gerade, wenn es vermeintlich mehr Trennendes als Gemeinsames gibt, braucht es mehr Dialog und Austausch.“

Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig** bekannte sich ebenfalls klar zu einer Zusammenarbeit in Europa. M-V sei ein Land im Herzen von Europa und habe der EU viel zu verdanken. „Seit 1991 sind zehn Milliarden Euro aus den europäischen Fonds in unser Land geflossen. Wir haben damit viel bewegt.“ Zum Beispiel für die Infrastruktur, für Hochschulen und Forschungseinrichtungen, Arbeitsplätze, Wirtschaft und ländliche Räume. „Es geht aber nicht nur um Geld. Es geht vor allem darum, dass die

Idee der Europäischen Union das größte Friedens- und Demokratieprojekt aller Zeiten ist.“ Deswegen sei es wichtig, dass Europa stabil bleibe. „Ich sage es ganz klar: Europa ist die Lösung und nicht das Problem für ein gutes Zusammenleben auf diesem Kontinent.“ Natürlich gebe es auch berechtigte Kritik. „Aber wir sehen gerade an der Diskussion im Brexit, dass es nichts bringt, populistisch alle Probleme, die man hat, einfach auf Europa zu schieben und damit eine Stimmung anzuheizen.“ Das habe in Großbritannien zu großem Chaos geführt. „Diejenigen, die es angestiftet haben, sind längst nicht mehr da. Andere müssen es jetzt richten. Das zeigt: Es lohnt sich nicht, Populisten und Nationalisten hinterherzurrennen.“ Viel angebrachter sei, sich sachlich und fair mit Problemen auseinanderzusetzen und „darauf zu besinnen, was uns stark macht“. Dazu gehöre auch die Partnerschaft mit Russland. „Es ist ein Teil von Europa. Deshalb wünsche ich mir, dass die Europäische Union wieder einen besseren Kontakt zu Russland pflegt.“ M-V werde seinen Beitrag dazu weiterhin leisten.

„Frieden und Wohlstand – das will auch die Alternative für Deutschland“, betonte **Christoph Grimm** (AfD). Dass sich viele Menschen genau darum sorgten, sei das Ergebnis einer verfehlten Europapolitik. „Die Verträge von Dublin und Maastricht, die Versprechungen zur Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank, zur Stabilität des Euro, zur Subsidiarität und zu einem demokratischen Europa – sie gehören endlich eingehalten und eingelöst. Von Resettlement und Relocation, Multikulti, Dekarbonisierung, Target 2, Nullzins, Bankenunion und Europäischem Einlagensicherungsfonds dagegen heißt es, Abschied zu nehmen wie von der degressiven Disproportionalität.“ Aber anstatt „aus den Zeichen der Zeit“ zu lernen, verfestigten Eurokraten das,



Ann Christin von Allwörden (CDU)



Karsten Kolbe (DIE LINKE)



Bernhard Wildt (Freie Wähler/BMV) Fotos: Uwe Sinnecker

„was sich längst als falsch erwiesen hat“. Der Brexit sei kein „Unfall“ gewesen. „Er bleibt Ausdruck des Strebens der Briten nach Freiheit ohne Bevormundung aus Brüssel.“ Er appellierte daran, nicht auf Kosten der Bürger am Euro festzuhalten. „Wenn die Gemeinschaftswährung trotz aller Rettungsbemühungen nicht funktioniert, und danach sieht es nun mal aus, sollten zeitnah Modelle für deren kontrollierte Abwicklung geprüft werden.“ Nicht zuletzt gefährde die unkontrollierte Zuwanderung Frieden und Wohlstand. Grimm sprach von einer „vorsätzlichen Veränderung der Bevölkerungsstruktur“, die Europa immer tiefer spalte. „Wir als Alternative für Deutschland bekennen uns zu einer EU des Friedens in Freiheit und Wohlstand. Wir sagen aber Nein zu einer EU der Ökoplanwirtschaft mit aufgezwungener Multiethik, fehlender Subsidiarität und Tendenzen zum Superstaat.“

Wer fordere, die EU zurückzubauen, betrachte nach Ansicht von **Ann Christin von Allwörden** (CDU) Kooperationen als „ein Zeichen von Schwäche“. Sie hingegen vertrete den Grundsatz: „Einigkeit macht stark.“ Europäische Vielfalt sei kein „Klotz“, sondern ein „Schatz“. Dass es dazu unterschiedliche Auffassungen gebe, müsse ein Staatenverbund aushalten. „Man nennt das demokratischen Richtungsstreit.“ Von zentraler Bedeutung für sie sei, „dass die EU ein Friedenswerk ist“. „Wir ziehen gerade die dritte und bald die vierte Generation an Menschen in Deutschland groß, die keinen Krieg auf deutschem Boden erleben musste.“ Auch das sei ein Verdienst von Zusammenarbeit. „Hinzu kommt: Kein Land kann die großen Fragen unserer Zeit alleine lösen.“ Dazu gehöre auch das Thema Migration. „Das bilaterale Abkommen zwischen der EU und der Türkei war ein großer Schritt zur Eindämmung von Flüchtlingsströmen.“ Nun müssten

Abkommen mit Ägypten, Algerien und Marokko folgen. Für viele Menschen sei Europapolitik viel zu weit weg und nur mit dem Krümmungsgrad von Gurken beschäftigt. Der geplante EU-Austritt Großbritanniens habe diesen Blickwinkel verändert. „Jeder beschäftigt sich wieder mit Europa.“ Auch für sie könnte beim europäischen Gedanken „Vieles deutlich besser“ laufen. „Aber mal ehrlich: Wenn bei meinem Fahrrad das Schutzblech klappert, dann lasse ich es reparieren und werfe es nicht auf den Müll.“ Ihr Fazit: „Europa ist ein ambitioniertes Projekt. Europa ist harte Arbeit. Aber gerade der Brexit hat mir gezeigt, was man verlieren kann, wenn man geringeschätzt, was man hat.“

„Wir sagen Ja zur europäischen Integration, wir sagen Ja zur EU. Aber wir brauchen auch dringend Reformen für eine demokratischere, sozialere und friedlichere Union“, legte **Karsten Kolbe** die Position der Fraktion DIE LINKE dar. Die EU – und damit auch M-V – stünden an einer „entscheidenden Wegscheide“. Forderungen nach einer Auflösung des Europäischen Parlaments oder einem Austritt Deutschlands aus dem Bündnis trete seine Fraktion „mit aller Entschlossenheit“ entgegen. „Nationalismus und nationale Egoismen werden nicht die Probleme des 21. Jahrhunderts lösen, sie werden diese verschärfen.“ Wer die EU zukunftssicher aufstellen wolle, müsse mehr Demokratie wagen. „Ganz konkret schlagen wir vor, das Parlament endlich über ein Initiativrecht für Gesetze verfügen zu lassen.“ Nach Ansicht der Linken sollte die EU zudem stärker darauf bedacht sein, „die großen Unterschiede zwischen Arm und Reich“ abzubauen. „Soziale Wohlfahrt und die Schaffung gut bezahlter Arbeitsplätze müssen endlich ins Zentrum der europäischen Debatte gerückt werden.“ Die EU als „Friedensprojekt“ zu bezeichnen, sei richtig. „Wenn

wir über Frieden reden, müssen wir aber auch über Abrüstung und das Verbot von Rüstungsexporten sprechen.“ Fünf der zehn größten Rüstungsexporteure schwerer Waffen seien Mitgliedsstaaten der EU. „Es muss endlich Schluss damit sein, dass deutsche und europäische Rüstungskonzerne an den Kriegen auf dieser Welt verdienen! Wir brauchen keinen Verteidigungsfonds zur Aufrüstung der EU und schon gar keine EU als Weltpolizisten mit einer Interventionsarmee.“

Von sechs auf 28 – so habe sich die Zahl der Mitgliedsstaaten seit Gründung der Europäischen Gemeinschaft entwickelt, verdeutlichte **Bernhard Wildt**, Fraktionsvorsitzender Freie Wähler/BMV. „Allein daran können Sie sehen, wie attraktiv die Europäische Union für die Staaten auf unserem Kontinent ist.“ Dennoch sehe auch er Reformbedarf. „Wir haben unterschiedliche Niveaus beim Arbeitsmarkt, beim Einkommen und bei den sozialen Standards. Allein schon deshalb sind Schwierigkeiten naturgegeben und müssen immer wieder aus der Welt geschafft werden.“ Das sei jedoch kein Grund für Panik. „Das sind ganz normale Themen in einem Staatenbund, die man lösen kann.“ Wer darauf poche, eigene nationale Interessen in den Vordergrund zu stellen, müsse sich fragen lassen: „Was kann dabei herauskommen? Nur eine Politik auf kleinstem gemeinsamen Nenner.“ Das wäre, so Wildt, noch nicht einmal eine Freihandelszone. Denn viele Staaten würden ihre Volkswirtschaft dann sicherlich vor deutschen Exporten schützen wollen. „Deswegen ist die Europäische Union wichtig.“ Sie müsse jedoch weiterentwickelt werden. „Insofern ist es besonders tragisch, dass die Briten ausscheiden wollen.“ Der Brexit sollte, so Wildt, verschoben werden und ein zweites Referendum möglich sein. „Das Angebot muss von Europa kommen.“

## Für ein gesundes Schulessen

Schulgesetz soll Qualitätsstandards vorgeben

■ Jeder siebte Schulanfänger in M-V hat Übergewicht. Politiker verschiedener Landtagsfraktionen forderten deshalb gesünderes Essen an Schulen und legten in der Sitzung vom 24. Januar zwei Anträge dazu vor. Darin plädierten sowohl SPD und CDU als auch die Freien Wähler/BMV dafür, die Schulspeisung an den Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) auszurichten und diese Maßgabe im Schulgesetz zu verankern. Die Freien Wähler/BMV brachten zudem einen Landeswettbewerb ins Gespräch, um Schulen und Kitas stärker auf gesunde Ernährung aufmerksam zu machen.

„Wir haben mit dem Antrag ein Thema beackert, das unglaublich wichtig ist“, hob **Elisabeth Aßmann** (SPD) hervor. Dabei gehe es nicht um „Veggie-Days“ oder vegane Mahlzeiten, sondern um eine „vollwertige, ausgewogene, gesunde Ernährung“. Während Kitas aufgrund der Bestimmungen im KiföG für dieses Anliegen bereits sensibilisiert seien, stelle sich die Situation an Schulen „nicht so rosig“ dar. „Elternvertretungen kritisieren vor allem Qualität, Essensbedingungen und Pausenzeiten.“ Zu vernünftigen Regelungen im Schulgesetz zu kommen, sei eine logische Konsequenz aus der Vorarbeit, die das Land über die Vernetzungsstellen für Kita- und Schulpflege oder mit Initiativen wie dem Schulgartenprogramm, dem EU-Schulernährungsprogramm oder dem aid-Ernährungsführerschein bereits leiste. Gesunde Gemeinschaftsverpflegung betreffe letztlich nicht nur Kinder und Jugendliche, sondern müsse auch für Senioren, kranke und pflegebedürftige Menschen oder in Kantinen stärker zum Thema gemacht werden. Auch das finde sich im Antrag wieder.



Spaß beim Kochen ist das beste Rezept für eine gesunde Ernährung.

Foto: Jens Büttner

„Es ist bedauerlich, dass wir so viele Kinder haben, die unter Übergewicht leiden“, sagte **Bernhard Wildt**, Fraktionsvorsitzender Freie Wähler/BMV. Umso wichtiger sei es, ihnen frühzeitig beizubringen, sich gesund zu ernähren. Eine Aufgabe, bei der man nicht allein auf das familiäre Umfeld bauen könne. Deshalb schlage auch seine Fraktion vor, dem Schulessen verpflichtende Qualitätsstandards zugrunde zu legen. „Wir können uns nicht vor der Verpflichtung verstecken.“ Da nicht jede Schule eine eigene Küche habe, machte er sich für engere Kooperationen mit örtlichen Gaststätten stark. Darüber hinaus warb er für einen Landeswettbewerb, in dem sich Schulen und Kitas intensiv mit gesundem Essen auseinandersetzen. In Bayern sei dies ein erfolgreicher Wettbewerb. Zudem regte er eine Präventionswoche an. Die Ärztekammer habe bereits Interesse daran bekundet, so Wildt.

Landwirtschaftsminister **Dr. Till Backhaus** begrüßte die Idee einheitlicher Standards beim Schulessen. Statistiken zeigten, dass Übergewicht ein großes Problem darstelle. Rund 70 Prozent aller Krankheiten in westlichen Industrieländern gingen auf eine falsche Ernährung

zurück. Deshalb sei es notwendig, zu handeln. Verärgert zeigte sich der Minister über die Ernährungspolitik des Bundes: Zuckersteuer, Ampelkennzeichnungen – nichts von dem sei bislang zustande gekommen. Die Selbstverpflichtung einiger großer Konzerne werde die Qualität der Lebensmittel nicht verbessern. „Hier geht’s ums Geldverdienen.“ Daher sei es wichtig, Ernährungskompetenzen zu verbessern. Und zwar so früh wie möglich. Denn: „Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr.“ Hier habe das Land schon viel erreicht. Zum Beispiel mit dem EU-Schulernährungsprogramm, über das jede Woche 15.000 Kinder mit Milch und Obst versorgt würden. Im Bestreben, diese Grundsätze weiter auszubauen, kündigte er eine Ernährungsstrategie zur Gemeinschaftsverpflegung an.

Gegen Qualitätsstandards sprach sich die AfD aus und verwies auf das Fachwissen der Mitarbeiter in den Kantinen. „Das Personal weiß zweifellos, wie gesunde Ernährung zu gestalten ist und kennt auch in der Regel die DGE-Richtlinien“, argumentierte **Jörg Kröger** (AfD). Daher lehnte es seine Fraktion ab, dem Personal in Gemeinschaftsverpflegungen zu „diktieren“, wie es zu kochen habe.

Forderungen nach mehr Vorschriften übersähen zwei Dinge. Erstens: „Schüler essen statt Salat und anderer gesunder Kost lieber gewisse Kohlenhydrate und gerne auch mit Geschmacksverstärkern versehene Speisen.“ Zweitens werde die Qualität letztlich auch durch den Preis bestimmt. Seine Fraktion sehe in Sachen Ernährung vor allem die Elternhäuser in der Pflicht. Der Gesetzgeber sollte besser Empfehlungen aussprechen. Bezugnehmend auf die Entwicklung von Adipositas bei Schülern erinnerte er die Abgeordneten der anderen Fraktionen daran, „dass Sie im September-Plenum den Antrag für eine dritte Sportstunde an Schulen einhellig abgelehnt haben“.

„Mehr als 20 Prozent der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern sind krankhaft fettleibig“, sagte **Sebastian Ehlers** (CDU). Der Antrag der Koalitionsfraktionen sei daher ein wichtiger Baustein im Kampf gegen Adipositas. Dabei gehe es auch um Hygiene-, Zeit- und Raumfragen sowie viele verschiedene Zuständigkeiten. Das Thema werde sich nicht mit diesem einen Antrag „abhaken“ lassen. „Aus meiner Sicht ist das hier auch stückweit ein Auftakt der Debatte.“ Er sprach sich dafür aus, das Thema gesunde Ernährung als festen Bestandteil in den Unterricht zu integrieren. Einer „Zuckersteuer“ oder „Kalorienampel“ stehe er offen gegenüber. „Wenn am Ende des Tages keine freiwilligen Regelungen auf Bundesebene möglich sind, muss der Gesetzgeber dort handeln.“

Bezogen auf M-V forderte er einen „Gesamtplan“, bei dem „alle Ministerien an einem Strang ziehen“. „Ich glaube, das Thema lässt sich nur gemeinsam lösen.“ Dazu gehöre auch, „alte Denkmuster über Bord zu werfen“.

Auch **Simone Oldenburg**, Fraktionsvorsitzende DIE LINKE, befürwortete die Anträge. „Aber das hätte man schon vor vier Jahren in die Tat umsetzen können.“ Bereits 2015 habe ihre Fraktion beantragt, Schulen zu verpflichten, ein Mittagessen anzubieten und dieses an den DGE-Standards auszurichten. „Das lehnten Sie ab.“ Aber: „Die Zeiten ändern sich und zum Glück auch die Meinungen der Koalition.“ Diese mache nun aber den zweiten Schritt vor dem ersten. Bevor DGE-Kriterien Einzug ins Schulgesetz hielten, müsste darin erst einmal verankert werden, dass Schulen überhaupt ein Mittagessen anzubieten hätten. Mit DGE-Standards erledige sich automatisch auch die Forderung nach längeren Zeiten fürs Essen: Diese seien darin schon enthalten. „Deswegen unser Änderungsantrag.“ Die Fraktion DIE LINKE beantragte, dem Ausschuss bis zum 1. September 2019 erste Ergebnisse vorzustellen.

Die Koalition habe ganz bewusst darauf verzichtet, Schulen im gesamten Land zu einem Mittagessen zu verpflichten, entgegnete **Elisabeth Aßmann** (SPD). „Insbesondere für kleine Schulen ist es nicht immer möglich, ein Mittag an-

zubieten.“ Hier müsse man nach Kooperationen schauen. Mangelnde Zeit und unzureichende Räume fürs Essen gehörten zu den Kernproblemen der Schulverpflegung. Ihre Fraktion werde zwar den Änderungsantrag der Linken in großen Teilen nicht mittragen. Sie sei aber „sehr gern bereit“, die vorgeschlagene Berichtsfrist zu übernehmen. Ein Punkt, den die SPD in der Debatte mit einem mündlichen Änderungsantrag in den Antrag der Koalition überführte.

**Bernhard Wildt** (Freie Wähler/BMV) lobte „die konstruktive Debatte“. „Sie war ganz klar getragen von dem Willen, die Situation zu verbessern.“ Dass sein Vorschlag, die Anträge in die Ausschüsse zu überweisen, keine Mehrheit finden werde, sei bedauerlich. „Dort wäre die Möglichkeit, noch einmal auf einzelne Aspekte einzugehen und ein Gesamtpaket zu schnüren.“

Am Ende der Diskussion stimmten – abgesehen von der AfD – die Abgeordneten aller Fraktionen dem Antrag der Koalitionsfraktionen zu. Der Antrag der Freien Wähler/BMV und der Änderungsantrag der Linken wurden abgelehnt.

*Antrag SPD/CDU-Koalition  
Drucksache 7/3045  
Antrag Freie Wähler/BMV  
Drucksache 7/3050  
Änderungsantrag DIE LINKE  
Drucksache 7/3105*

### DGE-Standards

Die Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) zeigen auf, wie eine ausgewogene Verpflegung für Kinder und Jugendliche in der Schule aussehen soll. Die Kriterien sehen beispielsweise vor, täglich Getreide oder Kartoffeln und Gemüse anzubieten, mindestens einmal pro Woche Fisch und höchstens zweimal Fleisch. Empfohlen wird zudem eine Mittagspause von 60 Minuten und ein gesonderter Essensraum.

*Frisches Obst ist besser als der Schokopudding vom Discounter.*



Foto: Jens Büttner

## Braucht M-V ausländische Fachkräfte?

Landtag debattiert über das vom Bund geplante Fachkräftezuwanderungsgesetz

■ Die Bundesregierung hat beschlossen, die Hürden für die Einwanderung qualifizierter Arbeitskräfte aus Nicht-EU-Ländern zu senken. Grundlage dafür soll das Fachkräftezuwanderungsgesetz bilden. Ziel des Gesetzes ist, dem Fachkräftemangel in Deutschland entgegenzuwirken. Braucht M-V ein solches Gesetz? Darüber diskutierte der Landtag auf Antrag der AfD-Fraktion in einer Aussprache. Nach dem Beschluss im Bundeskabinett müssen sich noch Bundestag und Bundesrat mit dem Entwurf befassen. Voraussichtlich Anfang 2020 soll das Gesetz in Kraft treten.

„Nach Einschätzung der Bundesregierung wird die Zahl der Erwerbstätigen von gegenwärtig fast 45 Millionen auf ungefähr 30 Millionen Personen im Jahr 2050 sinken. Dass die Politik bei diesem Thema in der Verantwortung ist, dürfte allgemeiner Konsens sein“, sagte in der Aussprache **Nikolaus Kramer**, Fraktionsvorsitzender der AfD. „Die Frage ist, ob die im Gesetzentwurf vorgesehene Arbeitsmigration wirklich im Interesse der Bürger dieses Landes ist.“ Er sprach von einer „gesetzlich forcierten Masseneinwanderung“ und einem „Einfallstor für illegale Migration“. Anstatt ein kaum kontrollierbares Gesetz auf den Weg zu bringen, sollten eigene Potentiale stärker genutzt werden. Zum Beispiel durch Rückkehranreize für im Ausland lebende Deutsche, mehr Maschinen oder größere Anstrengungen bei der Ausbildung eigener Leute. In Deutschland gebe es viele junge Menschen ohne Schulabschluss oder Berufsausbildung. „Diesen Leuten durch Masseneinwanderung die Chance auf einen beruflichen Aufstieg zu verwehren, ist in unseren Augen nur eines: eine asoziale Politik gegen das eigene Volk“.



Foto: Landtag M-V

Fachkräfte auch in M-V dringend gesucht.

Aus wirtschaftlicher Sicht spreche vieles für das Gesetz, entgegnete Innenminister **Lorenz Caffier** in Vertretung für den erkrankten Wirtschaftsminister. Fachkräfte zu gewinnen, sei auch für hiesige Unternehmen zunehmend schwieriger geworden. Hinzu komme: „In den nächsten 15 Jahren werden 10 bis 20 Prozent der erwerbsfähigen Personen in Rente gehen.“ Das könne keine Geburtenrate ausgleichen. „Deshalb sind wir trotz der europäischen Arbeitnehmerfreizügigkeit und aller Anstrengungen, inländische Potentiale zu rekrutieren, auch auf die Gewinnung von Fachkräften aus Drittstaaten angewiesen.“ Er betonte, dass es um „qualifizierte Fachkräfte“ gehe. Bei allen positiven Aspekten für die Wirtschaft sehe er als Innenminister allerdings noch einigen Abstimmungsbedarf. Das Gesetz müsse sicherstellen, dass bei erfolgloser Arbeitssuche zwingend eine Ausreise stattfindet, keine Zuwanderung in die Sozialsysteme erfolge und es keine Zweifel an der Identität der jeweiligen Person gebe.

**Henning Foerster** (DIE LINKE) wandte ein, dass die Fachkräfteprobleme „nicht vom Himmel gefallen sind“. Die Unternehmen selbst hätten jahrelang mit unattraktiven Arbeitsbedingungen wie hohe Belastung und niedrige Löhne dazu beigetragen, dass sich die Nachfrage nach Arbeit in Bereichen wie Gesundheit, Pflege, Hotellerie oder Gastronomie in Grenzen halte. „Deshalb ist Skepsis angebracht, wenn die gleichen

Akteure nun verstärkt nach Arbeitskräften aus dem Ausland rufen. Das gilt jedenfalls dann, wenn damit die Hoffnung verbunden ist, dass letztere eher bereit sind, derartige Rahmenbedingungen zu akzeptieren.“ Er sieht sowohl Bundes- als auch Landesregierung in der Pflicht, gute Arbeit zu befördern – etwa mit einem höheren Mindestlohn oder strengeren Regelungen für Leiharbeit. Forderungen, die ungeachtet von Nationalitäten, für jeden Arbeitnehmer zu gelten hätten. Kritik übte er auch an der geplanten Beschäftigungsduldung. Sie sei „eine Katastrophe für die Planungssicherheit der Betriebe“ und die Chancen der betroffenen Menschen. „Auch wir halten daher Nachbesserungen für zwingend notwendig.“

**Jochen Schulte** (SPD) bezeichnete das Fachkräftezuwanderungsgesetz als „eine Teillösung“, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. „Wer nicht bereit ist, sich damit auseinanderzusetzen, gefährdet auch die bestehenden Arbeitsplätze in unserem Land.“ Wenn ein Unternehmen zehn Beschäftigte brauche, um ein Produkt herzustellen, aber nur acht habe, „dann macht der Betrieb zu“. Am Ende werde die Arbeitslosigkeit steigen. Die AfD habe sehr deutlich gemacht, dass sie keine Fachkräftezuwanderung möchte. „Was es denn stattdessen sein soll, ist mir nicht klar geworden.“ Beschäftigten mehr Arbeit aufzudrücken, sei für ihn keine Option. Auch in M-V arbeiteten viele Menschen schon jetzt regelmäßig mehr als 40 Stunden.

Er pflichtete Henning Foerster daher bei, dass sich die Politik losgelöst von Zuwanderung auch mit Fragen zu Wochenarbeitszeiten, Tarifbindung und Entlohnung beschäftigen müsse.

**Bernhardt Wildt**, Fraktionsvorsitzender Freie Wähler/BMV, rückte das Eckpunktpapier der Bundesregierung in den Fokus. Die wichtigsten Anstrengungen zielten dabei auf die Hebung des inländischen Potentials ab. Danach richte sich der Blick auf eine Vorrangstellung für europäische Arbeitskräfte oder Arbeitslose. Erst dann gehe es um Zuwanderung aus Drittstaaten. „Es ist also nicht richtig, dass man ein Problem schnell über eine Massenzuwanderung lösen möchte.“ Er unterstrich, dass an der Trennung von Asyl- und Erwerbsmigration festgehalten und eine Zuwanderung unqualifizierter Arbeitskräfte ausdrücklich nicht gewollt sei. Er erinnerte an die Fehler, die 2015/16 in Sa-

chen Migration passiert seien. Das Entscheidende sei, dass man daraus lerne und Maßnahmen entsprechend anpasse. „Das kann ich in diesem Gesetzentwurf sehen.“

**Holger Arppe** (fraktionslos) hielt den Gesetzentwurf für „großen Mist“. Er sprach von einer „Blendgranate“, die der Bevölkerung suggerieren soll, die Bundesregierung habe das Migrationsproblem im Griff. Dem sei aber nicht so. Mit Blick auf 2,3 Millionen Arbeitslose und einem prognostizierten Jobabbau durch die Digitalisierung fragte er sich: „Wozu brauchen wir Leute aus dem Ausland?“ Zumal diese Fachkräfte dann in ihren Ländern fehlten, „um dort die Verhältnisse in Ordnung zu bringen“. Wenn es gelänge, die 800.000 Fachkräfte, die Deutschland jährlich verließen, im Land zu halten, „bräuchten wir keine Fachkräftezuwanderungsgesetze“.

Als der Wirtschaftsausschuss kürzlich bei der IHK in Rostock gewesen sei und über das Fachkräftezuwanderungsgesetz gesprochen habe, habe die AfD kein Wort zu dem Thema gesagt, berichtete **Wolfgang Waldmüller** (CDU). „Nichts. Null.“ Für ihn zeige die Aussprache daher einmal mehr, worum es der AfD eigentlich gehe: „Sie wollen Angst machen. Sie wollen verunsichern. Sie wollen die Leute kirre reden.“ Der Landtag habe sich bereits mehrfach mit dem Fachkräftemangel auseinandergesetzt. „Aber machen wir uns nichts vor: Die nationalen und europäischen Maßnahmen werden definitiv nicht ausreichen.“ Allein zu Beginn des aktuellen Ausbildungsjahres seien 3800 Lehrstellen unbesetzt gewesen. „Da kann man sich vorstellen, was das für die Zukunft bedeutet.“ Deswegen halte auch seine Fraktion ein modernes Zuwanderungsgesetz für einen sinnvollen Ansatz – sofern ein Missbrauch ausgeschlossen sei.

## Ist die Verfassung zeitgemäß?

DIE LINKE regte zur Prüfung einen Unterausschuss an

■ Ob Schuldenbremse, eine längere Wahlperiode oder niedrigere Quoren für Volksbegehren – so unterschiedlich diese Themen auch sind, eines haben sie gemeinsam: Ohne eine Änderung der Landesverfassung hätten sie in M-V nicht eingeführt werden können. In diesem Jahr wird die Werteordnung des Landes 25 Jahre alt. Ein Jubiläum, zu dem DIE LINKE neben einer Würdigung auch einen prüfenden Blick auf das Regelwerk vorschlug. Ist die Verfassung mit der Zeit gegangen? Sind Änderungen notwendig? Fragen, die die Oppositionsfraktion fraktionsübergreifend in einem Unterausschuss erörtern wollte, dafür aber keine Mehrheit fand.

Die Landesverfassung habe ihre Aufgabe bisher gut erfüllt. „Ohne Wenn und Aber“, resümierte **Jacqueline Bernhardt** (DIE LINKE). Die Welt bleibe jedoch nicht stehen. „Da versteht es sich von selbst, dass auch die Verfassung diesem Wandel unterworfen sein muss.“ Dies zeigten auch die Änderungsbestrebungen aus dieser Legislaturperiode. „So wollten die BMV die Amtszeit der Ministerpräsidentin begrenzen, die AfD einen Richterwahlausschuss einführen, die Koalitionsfraktionen unverbindliche Volksbefragungen.“ Alle Vorstöße seien jedoch gescheitert oder würden absehbar scheitern. „Wir können das Spiel-

chen mit der Ablehnung weiter betreiben.“ Ihre Fraktion habe da allerdings ein anderes Verständnis von Demokratie. „Der bessere Weg ist doch, sich auszutauschen, den Konsens zu suchen.“ Schließlich sei die Verfassung nicht nur die Grundordnung des Landes. „Sie ist auch der Grundkonsens aller demokratischen politischen Kräfte“, sagte sie mit Blick auf die für eine Verfassungsänderung notwendige Zweidrittelmehrheit.

Um über Verfassungsänderungen zu sprechen, brauche es keinen Unterausschuss, erwiderte **Philipp da Cunha** (SPD). Das sei Aufgabe des Rechtsaus-

schusses. Unterausschüsse kämen laut Geschäftsordnung nur dann infrage, wenn es um „dringende, unabweisliche“ Aufgaben gehe, die anders nicht abgearbeitet werden könnten. Das könne er hier nicht erkennen. Zum einen bleibe DIE LINKE in Bezug auf mögliche Änderungen sehr vage. Zum anderen habe der Rechtsausschuss keine überlastete Agenda. Ein Unterausschuss würde nur zusätzliche Kapazitäten binden, am Ende jedoch personell möglicherweise identisch mit dem Rechtsausschuss sein. „Ich freue mich über alle Diskussionen, die wir im Ausschuss dazu führen, wie man einzelne Verordnungen, Gesetze oder Rechtsgrundlagen unserer Arbeit verändern und weiterentwickeln kann, sodass sie einer modernen Demokratie entsprechen.“

Für **Horst Förster** von der AfD zeugte der Antrag von „einem merkwürdigen Verfassungsverständnis“. Eine Verfassung sei doch keine Speisekarte, die man immer wieder saisonbedingt ändere. „Sie liefert das rechtliche Fundament für die Regelwerke unseres Zusammenlebens. Daran bastelt man nicht beliebig herum. Dafür muss es einen konkreten Anlass geben.“ Den könne er hier jedoch nicht erkennen. Er mutmaßte, dass es den Linken letzt-

lich um eine Ausdehnung der Rechte für Ausländer oder um eine Absenkung des Wahlalters geht. Dass DIE LINKE in ihrer Antragsbegründung einmal mehr suggeriere, die AfD sei keine demokratische Partei, sei „die Krönung“. „Es ist schon erstaunlich, dass eine Partei, die sich in direkter Linie auf die SED zurückführen lässt, sich nunmehr als Hüterin der bürgerlichen Demokratie aufspielt und meiner Fraktion die demokratische Gesinnung abspricht.“

„Seit ihrem Inkrafttreten wurde die Verfassung fünfmal geändert.“ Darauf wies **Sebastian Ehlers** (CDU) hin. Zuletzt im Juni 2016. „Dabei wurden unter anderem die Quoren für die Volksbegehren und Volksentscheide abgesenkt.“ Dass Änderungen wie diese nur mit einer Zweidrittelmehrheit herbeigeführt werden könnten, sei „gut und richtig“. So werde die Verfassung nicht der Beliebigkeit und wechselnden politischen Mehrheiten anheim gestellt. Nicht nachvollziehbar sei für ihn, warum DIE LINKE das bisherige angewandte Verfahren, Verfassungsänderungen in einer

Arbeitsgruppe zu erarbeiten, einerseits lobe, mit der Forderung nach einem Unterausschuss gleichzeitig aber in Frage stelle. Er kündigte an, sich einer Verfassungsdebatte im Rechtsausschuss nicht zu verschließen. „Ich kann Sie nur auffordern, jetzt ein bisschen aus der Schmollecke rauszukommen. Ein Unterausschuss hilft da nicht.“

Änderungsbedarf – den sieht auch die Fraktion Freie Wähler/BMV. Unter anderem beim Quorum für Volksbegehren. „Wir wollen die Anzahl der notwendigen Unterschriften von 100.000 auf fünf Prozent der Wahlberechtigten der letzten Landtagswahl reduzieren. Das wären aktuell 66.416 Unterschriften“, erklärte **Dr. Matthias Manthei**. Er schlug vor, den Antrag in den Rechtsausschuss zu überweisen und dort über etwaige Änderungsbedarfe zu sprechen. Denn im Moment fehle es dem Antrag der Linken an konkreten Argumenten. „Welchen Änderungsbedarf sehen die Antragsteller?“ Erst dann ließe sich auch entscheiden, ob es für die weitere Diskussion einen Unterausschuss brauche.

„Für meine Fraktion kündige ich auf jeden Fall an, anderen Vorschlägen gegenüber offen zu stehen.“

Die Debatte habe deutlich gemacht, dass die Verfassung für alle Fraktionen im Landtag ein hohes Gut sei, bilanzierte **Jacqueline Bernhardt** (DIE LINKE). Ihre Fraktion habe bewusst keine konkreten Vorschläge in den Antrag geschrieben, um ergebnisoffen zu diskutieren. Den Rechtsausschuss halte sie dazu nicht für geeignet. „Wir beschäftigen uns da eher mit tagtäglichen Bestimmungen.“ Die Verfassungsänderung hingegen, sei ein längerfristiger Prozess. „Aber wir würden natürlich die gestreckte Hand von Herrn Ehlers annehmen und im Rechtsausschuss entsprechende Tagesordnungspunkte aufsetzen lassen.“ Die Kritik der AfD wies sie zurück. Ein Unterausschuss stünde allen Fraktionen offen. „Insofern ist es unredlich zu sagen: ihr wollt nichts mit uns zu tun haben.“ Der Antrag auf Überweisung in die Ausschüsse wurde mehrheitlich abgelehnt.

Antrag DIE LINKE Drucksache 7/3052

## Raus aus dem Funkloch

M-V startet Bundesratsinitiative für flächendeckenden Netzausbau

■ Wer mobil telefoniere oder im Internet surfen möchte, braucht nicht nur ein passendes Telefon oder Tablet, sondern auch ein gutes Mobilfunknetz. Genau daran hapert es in M-V jedoch an vielen Stellen, wie ein Blick auf die Netzabdeckung großer Mobilfunkanbieter zeigt. Um das zu ändern hat der Landtag am 24. Januar einstimmig beschlossen, eine Bundesratsinitiative zu starten. Ihr Ziel: Die Vergabe der Mobilfunkfrequenzen an eine flächendeckende Versorgung zu knüpfen. Darüber hinaus schlugen die Koalitionsfraktionen auf Initiative der CDU in ihrem Antrag vor, ein regionales Roaming für ländliche Regionen anzustreben.

„Wir wollen 5G an jeder Milchkanne“, betonte **Wolfgang Waldmüller** (CDU). Er warnte davor, „Fehler der Vergangenheit“ zu wiederholen. „Denken Sie an die UMTS-Versteigerung im Jahr 2000.“ Diese hätten dem Staat zwar 100 Milliarden DM eingebracht. Im Ergebnis habe sich aber gezeigt, „dass das, was gut für die Staatskassen ist, kontraproduktiv für ein flächendeckendes Mobilfunknetz sein kann“. Noch heute gebe es in „dutzenden Ortslagen“ keinen Mobilfunk

der zweiten Generation. Und auch im 4G-Netz setzten die Anbieter in puncto Abdeckung auf Haushalte statt auf Fläche. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht möge das nachvollziehbar sein. „Wenn wir als Politik im Mobilfunk aber den Aspekt der Daseinsvorsorge sehen, dann ist dieser Zustand auf gar keinen Fall zu akzeptieren.“ Abhilfe könnte zum Beispiel ein nationales oder regionales Roaming schaffen. Ein alleiniger „Fingerzeig nach Berlin“ reiche jedoch nicht. Auch das



Vielereorts ist in M-V die Netzqualität schlecht.

Foto: Jens Büttner

Land müsse sich Gedanken über eigene Potentiale machen, zum Beispiel, indem es Landesfunkmasten rechtssicher für die Nutzung von Mobilfunkbetreibern ertüchtigt.

Digitalisierungsminister **Christian Pegel** hielt die derzeitige Praxis, Lizenzen für viel Geld zu versteigern, für falsch. „Ich bin überzeugt, dass wir aus diesem System raus müssen.“ Sein Lösungsansatz: „Weniger Markt, mehr Staat“. An-

statt darauf zu schauen, wer das meiste Geld bringe – die Mindestgebote lägen bei acht- bis neunstelligen Beträgen –, sollte der Bund die Lizenzen ohne Entgelte, dafür aber mit sehr hohen Versorgungsaufgaben vergeben. Und zwar an Unternehmen, die auf Jahre gefristet eine 100-prozentige Netzabdeckung in der Fläche garantieren. Nationales Roaming betrachte er als Plan B. „Auch der ist momentan aber bundespolitisch nicht ganz einfach.“ Regionales Roaming wäre dann das Mindeste. Da, wo kein Funkturm stehe, helfe aber nicht mal das. Er habe bereits prüfen lassen, inwiefern Masten, die das Land für den digitalen Polizeifunk nutze, freigegeben werden können, so Pegel. Die Idee habe sich jedoch als nicht besonders wirksam erwiesen, da das Land fast ausschließlich fremde Masten nutze.

Die Funklöcher seien ein Thema, mit dem hierzulande schon fast jeder „leidvolle Erfahrungen“ gemacht habe, vermutete **Sandro Hersel** (AfD). „Im privaten Bereich ist das ärgerlich. Im Beruf stört es betriebliche Prozesse und verursacht unnötige Kosten.“ Mit Blick auf die zunehmende Digitalisierung in allen Lebensbereichen sieht er die Politik in der Pflicht, „die Weichen für eine lückenlose Mobil- und Breitbandversorgung zu stellen“. Er appellierte an die Landesregierung, beim Bund auf eine flächendeckende Versorgung zu pochen. „Lassen Sie sich nicht mit einer haushaltsorientierten Zielsetzung abspesen. Kämpfen Sie weiter für ein nationales Roaming und setzen Sie die Weichen für ein modernes und innovatives M-V.“

„Mobilfunkabdeckung an der Wohnung zu garantieren, nicht aber an allen Plätzen, die man sonst den Tag über aufsucht, führt den Begriff Mobilfunk ad absurdum“, meinte **Philipp da Cunha** (SPD). Schnelles mobiles Internet sei eine Grundvoraussetzung für die Gleichwertigkeit von Lebensverhältnissen, vor allem im ländlichen Raum. Es könne nicht sein, dass die Bürger in Deutschland europaweit gesehen die höchsten Mobilfunkpreise zahlten, im Gegenzug aber nur ein mittelmäßiges bis mangelhaftes Angebot erhielten. Von der Idee, dass der Staat dort, wo es die Wirtschaft nicht macht, Funkmasten baut, halte seine Fraktion nicht viel. „Si-

cher ist es immer noch besser, als Funklöcher zu haben. Aber es ist nicht im Sinne unserer Bürgerinnen und Bürger, dass wir Gewinne der Mobilfunkanbieter privatisieren und die Folgekosten der Funklochbeseitigung vergesellschaften.“ Sollte der flächendeckende Netzausbau nicht voranschreiten, könnte regionales Roaming seiner Meinung nach den Druck auf die Netzanbieter erhöhen. „Dann würde jeder Roaming-Kunde dem Anbieter, der sein Netz nicht vernünftig ausbaut, wirtschaftlich wehtun.“

Digitale Grundinfrastrukturen gehörten auch für DIE LINKE schon jetzt zur Daseinsvorsorge. Eine Daseinsvorsorge, der die Mobilfunkanbieter jedoch mit dem Argument „fehlender Wirtschaftlichkeit“ nicht nachkämen, resümierte **Eva Maria Kröger** (DIE LINKE). Für ihre Fraktion stelle sich daher die Frage, ob diese Netze nicht besser in öffentliche Hände gehörten. „Der freie Markt lässt Menschen und Regionen zurück.“ Daran hätten auch alle bisherigen Vorgaben und Appelle an die Mobilfunkanbieter nichts genutzt. „Die Vorgabe 98 Prozent aller Haushalte zu erreichen, bedeutet keineswegs, auch 98 Prozent der Fläche abzudecken.“ Hier brauche es sehr wohl einen Fingerzeig nach Berlin. „Denn auch dort liegen die Verantwortlichkeiten.“ Vor dem Hintergrund der Entwicklungen müsse sich jedoch auch der Landtag selbstkritisch fragen: „Wie können wir guten Gewissens über Telemedizin als Zukunftsmodell in der Fläche fabulieren und zeitgleich weiße Flecken bei der Netzabdeckung hinnehmen?“

Auf Versteigerungserlöse zu verzichten, werde das Empfangsproblem nicht gänzlich lösen, gab **Wolfgang Waldmüller** (CDU) zu bedenken. Auch dann werde es Regionen geben, die für Mobilfunkbetreiber weiterhin wirtschaftlich unattraktiv blieben. Er kündigte an, auch mit den Daten aus der Funkloch-App seiner Fraktion den Druck auf Betreiber, Bundesnetzagentur und Behörden erhöhen zu wollen. „Und wir prüfen unabhängig von Berlin, inwieweit wir im Land selbst etwas tun können.“ Zum Beispiel in Sachen Funkmasten. „Wir sind im Gespräch mit Herstellern“, sagte er mit Blick auf Funkloch-Cluster im Land.



Foto: Jens Büttner

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig brachte die Initiative am 15. Februar in die Länderkammer ein.

Antrag CDU/SPD-Fraktion  
Drucksache 7/3046

### Der Mobilfunk und seine Generationen

Im Zusammenhang mit dem Mobilfunk tauchen immer wieder Abkürzungen wie 2G, 3G, 4G und 5G auf. Der Unterschied liegt hauptsächlich in der Geschwindigkeit der Datenübertragung. Derzeit existieren in Deutschland Netze in 2G, 3G und 4G. Allerdings sind nicht in jeder Region alle drei Netze vertreten. Das G steht für Generation. Der Mobilfunkstandard 2G wurde 1992 in Deutschland eingeführt und dient hauptsächlich zur Telefonie. Mobile Daten werden nur sehr langsam übertragen. Im Jahr 2000 wurde 3G eingeführt. Ab 2010 kam 4G (LTE) hinzu. Voraussichtlich 2020 soll 5G starten. Ein Standard, von dem vor allem die Industrie profitieren soll.

## Mehr Geld für Jugendarbeit

DIE LINKE drängt auf höhere Zuschüsse  
Landesregierung kündigt Gesetzesnovelle an

■ DIE LINKE drängt auf höhere Landeszuschüsse für die Kinder- und Jugendarbeit. Die im Kinder- und Jugendförderungsgesetz ausgewiesenen Beträge seien bereits 20 Jahre alt und reichten längst nicht mehr aus, so die Oppositionsfraktion. Sie beantragte, die Fördersatzes für jedes Kind und jeden Jugendlichen um 50 bis 100 Prozent anzuheben und die förderfähige Altersgruppe von 10- bis 26-Jährige auf 6- bis 26-Jährige auszuweiten. Darüber hinaus sah der Antrag vor, die Zuweisungen entsprechend der Inflationsrate zu dynamisieren. Landesregierung und Regierungsfaktionen räumten Handlungsbedarf ein und verwiesen auf eine bereits geplante Gesetzesnovelle. Die SPD- und CDU-Fraktionen stimmten dem Antrag nicht zu. Die AfD lehnte die Vorlage ebenfalls ab. Sie sieht in puncto Kinder- und Jugendarbeit zuerst die Familie in der Pflicht.

„Ich denke, wir sind uns alle einig, dass die soziale Arbeit mit Kindern und Jugendlichen unerlässlich ist“, führte **Jacqueline Bernhardt** (DIE LINKE) aus. „Sie sollte präventiv, niederschwellig, wohnortnah und bedarfsgerecht sein.“ Dem gerecht zu werden, sei eine große Herausforderung für Träger geworden. Probleme, Kosten, Bedarfe, Strukturen – alles habe sich mit den Jahren verändert. Nur der Umfang der Landesförderung nicht. Diese stagniere seit 21 Jahren. „Die mit dem Doppelhaushalt 2018/2019 eingeführte Dynamisierung von 2,3 Prozent hilft wenig, um die so entstandene Lücke aufzufangen.“ Im Ergebnis erfolge die Kinder- und Jugendarbeit nicht nach Bedarf, sondern allein nach Kassenlage der Kommunen. „Deshalb fordern wir abermals die Novellierung des Gesetzes und mit ihr die Erhöhung der Landesförderung.“ Die daraus resultierenden Mehrkosten bezifferte sie auf 3,7 Millionen Euro. „Das muss sich im nächsten Doppelhaushalt widerspiegeln.“

Sozialministerin **Stefanie Drese** pflichtete den Linken bei, dass das Kinder- und Jugendförderungsgesetz „in die Jahre gekommen“ sei. „Deshalb wollen und werden wir es novellieren.“ In puncto Qualität, Quantität und Finanzierung. „Ich sage hier ganz deutlich, dass ich die Fördersatzes des Landes in Höhe von 5,11 bzw. 10,22 Euro für die öffentlichen und privaten Träger anheben möchte.“

Für konkrete Beträge sei es jedoch noch zu früh. „Dafür sollten die bevorstehenden Beratungen zum neuen Doppelhaushalt des Landes genutzt werden.“ Sie gab zu bedenken, dass höhere Landeszuschüsse auch zu einer Erhöhung der kommunalen Eigenanteile führen werden. „Das blendet der Antrag völlig aus.“ Sie sei darüber mit der kommunalen Ebene im Dialog und werde das nicht von oben herab bestimmen. Die geplante Novelle werde aber nicht nur finanzielle Aspekte in den Blick nehmen, sondern das Gesetz auch inhaltlich „fit für die Zukunft“ machen. Besonderes Augenmerk werde dabei auf den Themen Digitalisierung, Medienkompetenz und Fachkräftesicherung liegen. Dazu sei für Ende August ein großer Kinder- und Jugendhilfekongress geplant.

Ja, das Gesetz brauche nach 20 Jahren „neuen Schwung“. Diesen könne er im Antrag aber nicht erkennen, konstatierte **Jens-Holger Schneider** (AfD). Die Linke wiederhole darin lediglich ihre Forderungen aus dem vergangenen Jahr. „Das kann von keinem Erfolg gekrönt sein.“ Erst recht nicht, wenn man vorab nicht die Positionen der anderen Fraktionen abfrage. „Für uns ist die Familie mit Vater, Mutter, Kindern und der älteren Generation das Fundament unserer Gesellschaft. In ihr werden Werte und kulturelle Identität, Heimatliebe, Gemeinschaftssinn und Solidarität gestiftet. Aus ihr erwächst die Kraft, für



Foto: Landtag M-V

Kreatives Arbeiten mit Kindern und Jugendlichen ist nicht umsonst.

die eigene Zukunft und die des ganzen Landes zu sorgen“, erklärte er den Ansatz seiner Fraktion. „In erster Linie geht es uns darum, dass Leute ihre Angelegenheiten selbst organisieren.“ Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe sollten dabei lediglich als „Ergänzung“ fungieren. Natürlich lasse sich über eine höhere Pro-Kopf-Förderung diskutieren. Die Verteilung dürfe aber nicht nach „dem Gießkannenprinzip“, sondern müsse zielgerichtet erfolgen. „Wir lehnen Ihren Antrag ab.“

**Maika Friemann-Jennert** (CDU) äußerte Unverständnis über den Antrag. DIE LINKE wisse doch genau, dass Ende des Jahres eine Überarbeitung des Gesetzes anstehe. „Der Novellierung vorzugreifen – das können wir nicht mittragen.“ Angesichts der komplexen Strukturen, die dem Vorhaben zugrunde liegen, sei „Aktionismus“ nicht angebracht. Natürlich würde auch ihre Fraktion „am liebsten das Füllhorn ausschütten“. Das werde aber nicht möglich sein. „Einige Wünsche werden in Erfüllung gehen, das haben wir gehört. Alles aber keineswegs.“ Das sei eine Frage von Haushaltsdisziplin. Eine wichtige Rolle

spielten auch die Gelder der EU. Diese Mittel seien bis 2020 gesichert. Wie es danach weitergehe, das müsse noch geklärt werden. „In diesem Punkt geben wir Ihnen recht.“ Auf EU-Gelder zu verzichten, sei keine Option. „Dass wir sozialpolitische Maßnahmen komplett und dauerhaft aus eigener Kraft finanzieren werden, bezweifle ich.“ Hier sei ein schlüssiges Gesamtkonzept gefragt. „Dazu erwarten wir auch in Zusammenarbeit mit unserem Koalitionspartner Vorschläge, mit denen der Problematik Abhilfe geschaffen werden kann.“

**Jörg Heydorn** (SPD) warb darum, bei allem Handlungsbedarf, den auch seine Fraktion sehe, „einen Schritt nach dem anderen zu machen“. Veränderungen im beschlossenen Doppelhaushalt herbeizuführen, halte er nicht für realistisch. Gemeinsames Ziel müsse sein, die Zuweisungen des Landes mit dem näch-

sten Doppelhaushalt zu erhöhen. „Ob man jetzt Ihrem Vorschlag folgt und diese gleich verdoppelt, halte ich für diskussionsbedürftig.“ Zu inhaltlichen und finanziellen Änderungsbedarfen „sind wir bereits im Diskurs mit verschiedenen Akteuren“. Deshalb werde seine Fraktion dem Antrag an dieser Stelle nicht zustimmen. Das Familienbild der AfD bezeichnete er als „antiquiert“. Natürlich hätten auch Kinder, die nach diesem Familienbild groß würden, etwas mit den Angeboten der Jugendhilfe zu tun. Denn auch sie bräuchten eine Infrastruktur für Freizeit, Geselligkeit und Bildung. „Das machen wir unter anderem hier mit dem Kinder- und Jugendförderungsgesetz.“

„Ich freue mich, dass wir uns auf den Weg machen, das Kinder- und Jugendförderungsgesetz endlich zu novellieren“, bekräftigte **Jacqueline Bernhardt** (DIE

LINKE). Sie wertete das auch als Erfolg ihrer Fraktion, immer wieder auf dieses Thema hingewiesen zu haben. Damit es nicht bei einer bloßen Ankündigung bleibe, schlug sie vor, den Antrag ihrer Fraktion in den Sozialausschuss zu überweisen. „Denn ich sehe die Gefahr, dass es sonst nicht vorangeht.“ Immerhin habe die Landesregierung 2017 schon einmal eine Gesetzesnovelle angekündigt und dann sei jahrelang nichts gekommen. Den Vorwurf der AfD, im Vorfeld nicht auf andere Fraktionen zugegangen zu sein, wies sie zurück: Die Orte für Diskussionen seien Ausschüsse und Landtagssitzungen. Außerdem: „Ihre Rede war so inhaltsleer, dass es sich aus unserer Sicht überhaupt nicht lohnt, auf Sie zuzugehen.“

*Antrag DIE LINKE Drucksache 7/3054*

## Straßenausbau: Beiträge ade

Abschaffung soll im Januar 2020 in Kraft treten  
Gesetz muss noch erarbeitet werden

■ Die Straßenausbaubeiträge in M-V gehören bald der Geschichte an. Jetzt ist der Landtag der Empfehlung des Innen- und Europaausschusses gefolgt und hat das Anliegen der Volksinitiative „Faire Straße“, die Beiträge abzuschaffen, angenommen. Die Eckpunkte sehen vor, Grundstückseigentümer von 2020 an nicht mehr für den Ausbau von Straßen zur Kasse zu bitten. Für die Übergangszeit sollen Baumaßnahmen von Beiträgen ausgenommen werden, die am oder nach dem 1. Januar 2018 begonnen wurden. Im Gegenzug soll die Grunderwerbssteuer von fünf auf sechs Prozent erhöht werden. Diese Mehreinnahmen in Höhe von rund 30 Millionen Euro sollen an die Kommunen verteilt werden. Der Fraktion Freie Wähler/BMV gingen die Ankündigungen nicht weit genug. Ihre Forderungen, die Übergangsregelung an alle Bescheide zu koppeln, die seit Januar 2018 verschickt wurden, und ab sofort generell keine Bescheide mehr zu verschicken, fand keine Mehrheit.

„Volksinitiativen sind im parlamentarischen Raum immer etwas Besonderes. Sie bedeuten die direkte Beteiligung von Bürgern an der Politik des Landes“, machte **Marc Reinhardt**, Vorsitzender des Innen- und Europaausschusses, deutlich. Die hohe Zahl der Unterstützer zeige, dass sich die Menschen für Anliegen des Landes interessierten und engagierten. Der Ausschuss habe sich bereits vor dem Antrag der Volksinitiative in mehreren Sitzungen, Anhörungen und einem Expertengespräch mit dem

Thema auseinandergesetzt. „Im Ergebnis hat sich der Ausschuss einstimmig für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge ausgesprochen.“ Marc Reinhardt dankte den vielen Bürgerinnen und Bürgern, die hinter der Forderung gestanden hätten. „Sie haben gekämpft, sich Gehör verschafft. Der Innenausschuss hat nun für Sie die Pflöcke eingerammt.“ Jetzt sei es an der Landesregierung, die einvernehmlich formulierten Anforderungen dazu umzusetzen.

„Die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge sei ein Verdienst der Bürgerinnen und Bürger“, betonte Innenminister **Lorenz Caffier**. Er räumte jedoch ein, wie viele andere auch zunächst wenig begeistert von der Idee gewesen zu sein. „Nach intensiven Beratungen haben wir uns aber auf diesen Weg verständigt.“ Er sprach von einer tragfähigen Lösung, die letztlich aber auch Kompromisse bedeute. „Stichtage hinterlassen immer den einen, der zufrieden ist und den anderen, der nicht zufrieden ist“, so Caffier weiter. 2018 als Start für die Übergangsregelung festzulegen, halte er für sinnvoll, schließlich sei auch in dem vergangenen Jahr die Lösung der Beitragsfrage herbeigeführt worden. Ausschlaggebend für den Stichtag sei der Spatenstich. Die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge über eine moderate Erhöhung der Grunderwerbssteuer gegenzufinanzieren, sei „ein fairer Deal“, der den Grundsatz „Eigentum verpflichtet“ wahre. Auch für Städte und Gemeinden sei die Abschaffung „objektiv gesehen eine gute Sache“. Sie führe zu mehr Freiheit, mehr Planungssicherheit und weniger Verwaltungsaufwand. Den Oppositionsfraktionen warf er vor, „trotz lauter Sprüche“ in den Beratungen keine schlüssigen Konzepte vorgelegt zu haben.



Foto: Landtag M-V

Über mehrere Monate hat die Volksinitiative „Faire Straße“ vor der Staatskanzlei auf ihr Anliegen lautstark aufmerksam gemacht.

Die AfD begrüßt die Abschaffung der Beiträge, steht einer generellen Anhebung der Grunderwerbssteuer jedoch kritisch gegenüber. „Hier sind dringend Anpassungen für die Schaffung von selbstgenutztem Wohneigentum für Familien nötig“, so **Dirk Lerche**. Die Stichtagsregelung müsse zudem so gefasst werden, dass sie auch alle Bescheide einschließe, die seit dem 1. Januar 2018 verschickt worden seien. Er hoffe, dass die Landesregierung bereits im März die zu ändernden Gesetze in den Landtag einbringe. Die Kritik des Innenministers an der Opposition wies er zurück. „Dann können wir ja die Ministerien abschaffen, wenn Sie von uns hier fertige Konzepte und Gesetzesvorschläge haben wollen.“ Er verwies darauf, dass das Land 2017 eine interministerielle Arbeitsgruppe angekündigt habe, von der bislang jedoch keine Vorschläge im Ausschuss eingegangen seien. „Wir erfahren immer aus der Presse, was die Koalitionsparteien so beschlossen haben.“

„Ein zäher Prozess nimmt ein gutes Ende“, sagte **Martina Tegtmeier** (SPD). Sie nahm für ihre Fraktion in Anspruch, als erste Änderungen vorgeschlagen zu haben. „Die Volksinitiative, die, nachdem wir bereits anderthalb Jahre darüber diskutierten, auf den Tisch kam, hat diesen Prozess noch mal erheblich beschleunigt.“ Die CDU, als Koalitionspartner, sei stets offen in alle Richtungen gewesen. „Man kann auch sagen: Ohne Ziel stimmt jede Richtung.“ Die SPD, hingegen, habe immer ein klares Ziel gehabt: Verbesserungen für Betroffene und nicht zulasten von Mietern.

Der Vorschlag des Finanzministers, die Grunderwerbssteuer zu erhöhen, habe ihre Fraktion letztlich bewogen, der Abschaffung zuzustimmen. Der nun vorliegende Vorschlag sichere den sozialen Frieden in den Gemeinden und baue Ungleichbehandlungen ab. Den Änderungsvorschlag der Freien Wähler/BMV, unabhängig vom Baubeginn keine Beiträge mehr zu erheben, halte sie nicht für vertretbar. Zum einen wären die Kosten dafür unkalkulierbar. Zum anderen könnten Beiträge, die auf Grundlage rechtskräftiger Satzungen erhoben worden seien, nicht einfach wieder rückabgewickelt werden.

„Das bislang verklemmte Fenster“ bei den Straßenausbaubeiträgen sei mithilfe der Volksinitiative nun „weit aufgestoßen“, meinte **Jeannine Rösler** (DIE LINKE). Die Aussicht sei jedoch alles andere als ungetrübt. „Wir stehen vor einer enorm verunsicherten kommunalen Familie, Vertretungen und Verwaltungen gleichermaßen. Wir haben bis heute keine zufriedenstellenden Antworten in unseren Wahlkreisen.“ Die Volksinitiative sei erwartungsvoll, aber auch misstrauisch. Dem Stichtag den Spatenstich zugrunde zu legen, sei aus ihrer Sicht „wenig justitabel“. Kostspielige Planungs- und Vorbereitungsarbeiten blieben dabei völlig unberücksichtigt. „Und ob die jährliche Investitionspauschale von 30 Millionen Euro dem Bedarf gerecht wird oder ganz bewusst als landespolitische Deckelung gegenüber den Gemeinden eingezogen wurde, wird erst die Praxis beantworten.“

Wer behauptete, die SPD sei „die Speerspitze der Bewegung“ gewesen, der leide offenbar an „politischer Amnesie“, führte **Sebastian Ehlers** (CDU) an. Immerhin habe sie im Juni noch an der Beitragserhebungspflicht festhalten wollen. Die Initiatoren der Volksinitiative hätten eindrucksvoll bewiesen, „dass die direkte Demokratie in unserem Land funktioniert“. Gleichwohl nehme auch er angesichts der dienstägigen Demonstrationen vor der Staatskanzlei zur Kenntnis, dass es offenbar Skepsis an der Umsetzung gebe. „Ich kann Ihnen zurufen, dass Sie sich auf uns verlassen können.“ Den Wegfall der Beiträge mit einer höheren Grunderwerbssteuer auszugleichen, nannte er „verantwortungsvoll“. Steuererhöhungen seien zwar nie schön. „Man kann aber auch nicht duschen, ohne nass zu werden.“ Im Ergebnis erhalte jeder, der Eigentum erwirbt, die Sicherheit, jetzt zwar einmalig mehr zu bezahlen, dafür aber nicht in 10, 20 oder 30 Jahren mit einer Rechnung von 40.000 oder 50.000 Euro zur Kasse gebeten zu werden. „Ich glaube, eine Finanzierung von Eigentum wird nicht an dem Beitrag scheitern.“

**Dr. Matthias Manthei** (Freie Wähler/BMV) hielt es nicht für angebracht, sich darin zu verlieren, wer wann was gesagt habe. „Ursache dieser Debatte heute ist ausschließlich die Volksinitiative und niemand sonst.“ Er bezeichnete die Beiträge als „unsozial“. „Sie abzuschaffen, sei richtig. Dies geschehe allerdings noch nicht mit dieser Debatte. Hier gehe es zunächst nur um eine Willensbekundung des Landtags. Für die

Abschaffung selbst sei erst noch ein Gesetzgebungsverfahren notwendig. „Deswegen ist das Misstrauen der Volkssinitiative auch vollkommen berechtigt.“ Jetzt sei es wichtig, möglichst schnell Rechtsklarheit zu schaffen. Denn: „Land auf, landab herrscht eine große Verunsicherung.“ Daher der Änderungsantrag seiner Fraktion. Mit einem Spatenstich als entscheidendes Kriterium für den Stichtag müssten Bürger noch viele Jahre mit Bescheiden rechnen. Damit würden sich die Ungerechtigkeiten noch lange fortsetzen.

In einen „politischen Wettbewerb“ darüber zu treten, wer wann was getan oder gesagt habe, gehöre zu einer politischen Debatte dazu, entgegnete Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig**.

Die Bürger seien an verschiedene Fraktionen im Landtag herangetreten. Auf der Suche nach einer geeigneten Lösung hätten Regierung und Regierungsfractionen auch die Regelungen anderer Bundesländer in den Blick genommen. Aus Muss-Vorgaben einfach nur Kann-Regelungen zu machen, sei jedoch keine Option gewesen. Ebenso wenig das bayerische Modell. „Wir haben jetzt eine Lösung, die bundesweit in meinen Augen die beste ist.“ Dass nicht jeder die Vorschläge beklatschen werde, liege in der Natur der Sache. „Ganz egal, welchen Stichtag Sie diskutieren, Sie werden immer Leute haben, die davor oder danach sind.“ Im Gegenzug die Grunderwerbssteuer zu erhöhen, halte auch sie für fair. „Wir liegen dann im Ländervergleich immer noch in der Mitte.“

#### Gewusst?

Die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge hat keinen Einfluss auf die Ausgleichsbeiträge, die in sogenannten Sanierungsgebieten erhoben werden. Diese werden auch weiterhin fällig, stellte Innenminister Lorenz Caffier klar. Grund: Hier handelt es sich um Bundesrecht (§154 Baugesetzbuch) und darauf hat die Gesetzgebung des Landes keinen Einfluss.

Antrag Volksinitiative Drucksache 7/2800

Beschlussempfehlung Innenausschuss Drucksache 7/3080

Änderungsantrag Freie Wähler/BMV Drucksache 7/3100



Foto: Jens Büttner

Die Unimedizin Rostock war Thema im Landtag.

## Dringlichkeitsantrag zu Sondervergütungen

■ **Erhalten die Vorstandsmitglieder der landeseigenen Universitätsmedizin Rostock (UMR) gewinnorientierte Sondervergütungen? Ein Vorwurf, der nach Medienberichterstattungen im Raum stand. Mit einem Dringlichkeitsantrag forderte DIE LINKE dazu Aufklärung im Landtag. Der Verdacht der Oppositionsfraktion: An den Kliniken der Hansestadt stehe nicht der Mensch als Patient im Mittelpunkt, sondern Profit.**

Bildungs- und Wissenschaftsministerin **Birgit Hesse** wies die Vorwürfe zurück. Es gebe weder „Boni“ noch „gewinnorientierte Sondervergütungen“. „Richtig ist, dass die Vorstände eine variable Vergütung bekommen. Das ist nicht etwa eine sprachliche Spitzfindigkeit, sondern ein zentraler Unterschied“, erklärte Birgit Hesse. Nicht Sonderzahlungen, sondern die Auszahlung des vollen Gehaltes seien an bestimmte Ziele gekoppelt. „Ein Vorstand bekommt nur dann seine 100 Prozent, wenn er festgeschriebene Ziele erreicht. Ansonsten werden ihm je nach Vertrag zwischen 75 und 90 Prozent ausgezahlt. Obendrauf zu den 100 Prozent gibt es nichts.“ Maßgeblich für die volle Auszahlung sei nicht ein maximaler Gewinn, sondern das Erreichen des Wirtschaftsplans. „Das ist ein ganz wichtiger Fakt. Denn: Auch

eine Unimedizin ist ein Unternehmen.“ Hesse verwies zudem darauf, dass die variable Vergütung im Hochschulgesetz festgelegt und vom Landtag beschlossen worden sei.

#### Hintergrund

Das Thema unter dem Antragstitel „Aufklärung über gewinnorientierte Sondervergütungen von Vorstandsmitgliedern der Universitätsmedizin Rostock“ zu debattieren, stand nicht auf der regulär beschlossenen Tagesordnung. Es wurde am ersten Sitzungstag über einen Dringlichkeitsantrag als Aussprache gemäß § 43 Nummer 2 der Geschäftsordnung des Landtags (GO LT) aufgenommen und am dritten Sitzungstag debattiert.

Dieser Erweiterung der Tagesordnung müssen mindestens Zweidrittel der Mitglieder des Landtags zustimmen. Das sind 48 Abgeordnete. In dem Fall stimmten auch die Koalitionsfraktionen der von einer Oppositionsfraktion geforderten Aussprache zu. SPD und CDU sahen es für „dringlich geboten“, Missverständnissen entgegenzutreten. Die Freien Wähler/BMV stimmte der Erweiterung ebenfalls zu, die AfD votierte dagegen.

## Weitere Beschlüsse

### Aufarbeitung der SED-Diktatur

■ Der Landtag hat die Aufgaben und die Bezeichnung der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen aktualisiert. Die Behörde um Leiterin Anne Drescher führt nun den Namen „Landesbeauftragte für die Aufarbeitung der SED-Diktatur“.

Foto: Uwe Sinnecker



Anne Drescher (Mitte) verfolgt das Parlamentsgeschehen von der Besuchertribüne aus.

Die mit großer Mehrheit beschlossene Gesetzesänderung fasst auch die Aufgaben der Behörde weiter als bisher – und trägt damit dem Umstand Rechnung, dass die Zuständigkeiten seit Gründung der Behörde im Jahr 1993 immer umfangreicher geworden sind. Die Behörde ist Ansprechpartner für all jene Menschen, die im Zusammenhang mit der sowjetischen Besatzungszone oder der DDR politische Repressionen, Leid und Unrecht erleben mussten. Dazu gehören politische Häftlinge, ehemalige DDR-Heimkinder, zwangsgedopte Sportler oder Menschen, die in der DDR als Minderjährige in psychiatrischen Einrichtungen oder Behinderteneinrichtungen untergebracht waren. DIE LINKE enthielt sich in der Abstimmung. Sie wollte die Behörde „Landesbeauftragte für die Aufarbeitung stalinistischer Verfolgungen“ nennen.

*Gesetzentwurf Landesregierung*

*Drucksache 7/2682*

*Beschlussempfehlung Rechtsausschuss*

*Drucksache 7/3036*

### Barrierefreie Webseiten

■ Öffentliche Stellen des Landes müssen ihre Webseiten und mobilen Anwendungen künftig so gestalten, dass sie von Menschen mit Behinderungen

uneingeschränkt genutzt werden können. Die Vorschrift kommt von der EU. Das Land hat sie nun ins Landesbehindertengleichstellungsgesetz aufgenommen. Wegen der zögerlichen Umsetzung hat die EU bereits ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet. Ausnahmen von der Pflicht zur Barrierefreiheit sind für Kitas, Schulen und unverhältnismäßige Einzelfälle vorgesehen. Ziel der Vorgaben ist eine gleichberechtigte Teilhabe an Informationen und Dienstleistungen. Der Gesetzentwurf wurde mit den Stimmen von SPD und CDU beschlossen.

*Gesetzentwurf Landesregierung*

*Drucksache 7/2683*

*Beschlussempfehlung Sozialausschuss*

*Drucksache 7/3079*

*Änderungsanträge DIE LINKE*

*Drucksachen 7/3106 und 7/3107*

### Keine Karenzzeiten

■ Scheiden Regierungschefs, Minister und Staatssekretäre in Mecklenburg-Vorpommern aus dem Amt, können sie danach auch weiterhin direkt in die Wirtschaft wechseln. Die von der Fraktion DIE LINKE geforderte Einführung von Karenzzeiten fand keine Mehrheit im Landtag. Dem Gesetzentwurf zufolge hätten Mitglieder der Landesregierung Jobs, die sie innerhalb von 18 Monaten nach dem Ausscheiden aus ihrem politischen Amt annehmen, der Landesregierung anzeigen müssen. Diese hätte die Aufnahme für bis zu 18 Monate untersagen können, wenn sich dadurch ein Interessenkonflikt zwischen bisheriger und neuer Tätigkeit ergeben würde. Grundlage für die Entscheidung wäre laut Gesetzentwurf die Empfehlung eines beratenden Gremiums gewesen. In der namentlichen Abstimmung votierten 23 Abgeordnete mit Ja, 34 mit Nein, drei enthielten sich der Stimme.

*Gesetzentwurf DIE LINKE*

*Drucksache 7/2813*

### Wahlalter 16 abgelehnt

■ Wer zur Landtagswahl seine Stimme abgeben möchte, muss nach wie vor mindestens 18 Jahre alt sein. Der Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE, die Altersgrenze auf 16 Jahre zu senken,

wurde auch in zweiter Lesung abgelehnt. Die Regierungskoalitionen verwiesen bei dieser Frage einmal mehr auf die von ihnen geplante Volksbefragung zu diesem Thema und appellierten an die Linken, ihre Blockadehaltung gegen dieses Instrument direkter Demokratie aufzugeben. Hintergrund: SPD und CDU wollen die Bevölkerung bei Entscheidungen über bedeutsame landesweite Themen stärker einbeziehen und dafür das Mittel der Volksbefragung einführen. Dazu bedarf es einer Änderung der Landesverfassung. Das ist jedoch nur mit einer Zweidrittelmehrheit – also nicht ohne Stimmen aus der Opposition – möglich. Diese befürchtet jedoch, zu wenig Einfluss auf die Themen zu haben und lehnt eine Zustimmung bislang ab. Erstes Befragungsthema soll nach dem Willen der Koalitionsfraktionen das Wahlalter mit 16 sein.

*Gesetzentwurf DIE LINKE*

*Drucksache 7/2812*

### Hintergrund

In Mecklenburg-Vorpommern dürfen seit 1999 Bürgerinnen und Bürger ab 16 Jahren bei den Kommunalwahlen ihre Stimme abgeben. Bei Landtags-, Bundes- und Europawahlen beträgt das Wahlalter 18 Jahre. 1996 führte Niedersachsen als erstes Bundesland auf Kommunalebene das Wahlalter 16 ein. Auch in Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen kann inzwischen bei Kommunalwahlen ab 16 Jahren gewählt werden. Auf Landesebene ist das bisher nur in Brandenburg, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein möglich. Das passive Wahlrecht ab 16, also wählbar sein, gilt jedoch in keinem der Länder.



Die vollständigen Redebeiträge finden Sie zum Nachlesen auf der Website des Landtags (Parlamentsdokumente/ Plenarprotokolle) oder zum Nachhören auf dem YouTube-Kanal unter [www.landtag-mv.de](http://www.landtag-mv.de).

## Laufende Gesetzgebung

Stand: 29.01.2019

Drs.-Nr.	Initiator	Gesetz	Federführender Ausschuss	Beratungsverlauf
7/1571	LReg.	Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	-	1. Lesung 28.01.2018 2. Lesung 25.04.2018 in Beratung
7/1983	AfD	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes - Abschaffung der Pflicht zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen	Innen- und Europa- ausschuss	1. Lesung 25.04.2018 in Beratung
7/2248	BMV	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Kommunalabgabengesetz - 2. KAGÄndG M-V)	Innen- und Europa- ausschuss	1. Lesung: 27.06.2018 in Beratung
7/2573	SPD, CDU	Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Landesverfassungsgerichtsgesetzes	Rechtsausschuss	1. Lesung: 12.09.2018 in Beratung
7/2574	SPD, CDU	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Volksabstimmungsgesetzes	Rechtsausschuss	1. Lesung: 12.09.2018 in Beratung
7/2575	SPD, CDU	Entwurf eines xx-ten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	Rechtsausschuss	1. Lesung: 12.09.2018 in Beratung
7/2900	AfD	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Landesbauordnung (LBauO M-V)	-	1. Lesung: 12.12.2018 Ablehnung der Überweisung
7/3011 (neu)	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zum Zweiundzwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag	Innen- und Europa- ausschuss	1. Lesung: 23.01.2019 in Beratung
7/3012	LReg.	Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes	Bildungsausschuss	1. Lesung: 23.01.2019 in Beratung
7/3013	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesverwaltungsverfahrens-gesetzes, des Landesverwaltungskostengesetzes und der Vollstreckungs-zuständigkeits- und kostenlandesverordnung	Innen- und Europa- ausschuss	1. Lesung: 23.01.2019 in Beratung
7/3040	LReg.	Entwurf eines Gesetzes für die Übergangsperiode nach dem Austritt des Vereinigten Königreiches Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union (Brexit-Übergangsgesetz Mecklenburg-Vorpommern - BrexitÜG M-V)	Innen- und Europa- ausschuss	1. Lesung: 23.01.2019 in Beratung

## Abgeschlossen

im Plenum am 23. und 24. Januar 2019 entschieden

Stand: 29.01.2019

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
7/2682	Entwurf eines Gesetzes über die Landesbeauftragte oder den Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern für die Aufarbeitung der SED-Diktatur und zur Anpassung des Landesbesoldungsgesetzes	LReg.	1. Lesung 24.10.2018 2. Lesung 23.01.2019	Annahme
7/2683	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Landesbehinderten-gleichstellungsgesetzes	LReg.	1. Lesung 24.10.2018 2. Lesung 23.01.2019	Annahme
7/2812	Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Wahlen im Land Mecklenburg-Vorpommern	DIE LINKE	1. Lesung 21.11.2018 2. Lesung 23.01.2019	Ablehnung
7/2813	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten und der Ministerinnen und Minister des Landes Mecklenburg-Vorpommern und des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse Parlamentarischer Staatssekretäre	DIE LINKE	1. Lesung 21.11.2018 2. Lesung 23.01.2019	Ablehnung
7/2894	Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Dauergrünlanderhaltungsgesetzes	LReg.	1. Lesung 12.12.2018 2. Lesung 23.01.2019	Annahme

Foto: Uwe Sinnecker

## Reiterstaffel besucht

Innenausschuss informierte sich über die Arbeit der Polizei

■ Über den Einsatzwert, die Voraussetzungen und notwendigen Kosten einer Reiterstaffel hat sich am 17. Januar der Innen- und Europaausschuss bei der Polizei in Hamburg informiert. Durch aktive Teilnahme an einer Übung erlebten die Ausschussmitglieder hautnah die Interaktion zwischen Bereitschaftspolizei und Reiterstaffel. Simuliert wurden typische Einsatzszenarien.



Bei der Polizei in Hamburg informierte sich der Innen- und Europaausschuss über Kosten und Wert einer Reiterstaffel. Foto: Landtag M-V

2010 hat sich Hamburg für die Wiedereinführung einer Reiterstaffel entschieden. Diese sei ein flexibles Einsatzmittel, das gut zu erkennen sei und sich durch Geländegängigkeit auszeichne, sagte Kay-Stefan Herzig, Leiter der Reiter- und Diensthundestaffel der Polizei Hamburg. Pferde wirkten aufgrund ihrer Größe respekt einflößend, ohne einen Aggressor darzustellen und ihre Einsatzmöglichkeiten seien vielseitig. Neben Einsätzen aus besonderem Anlass, wie Sportveranstaltungen und Demonstrationen, unterstütze die Reiterstaffel die Polizei auch bei der Präsenz und Streifenförmigkeit. So sei zum Beispiel eine große Menschenmenge mit sechs Pferden schnell kontrolliert und getrennt, sagte der leitende Polizeidirektor Hartmut Dudde. „In der Fußballsaison sind die Pferde jedes Wochenende im Einsatz,“ erläuterte die Be-

rittführerin Dörte Thies. Aufgrund einer hohen Einsatzbereitschaft und der effektiven Unterstützung der Bereitschaftspolizei sei die Reiterstaffel bei den Kollegen gut etabliert. Kay-Stefan Herzig bestätigte, ein Pferd ersetze durchaus fünf Polizisten in einer Kette. Daher werde direkt ein Bereitschaftspolizeizug mehr angefordert, wenn feststehe, dass die Reiterstaffel nicht mit zum Einsatz komme.

## Reitwege in M-V

Experten im Agrarausschuss und Wirtschaftsausschuss angehört

■ Am 9. Januar haben der Wirtschaftsausschuss und der Agrarausschuss in einer öffentlichen Sitzung Experten zum Thema „Weiterentwicklung der Reitwegeregelung in M-V“ angehört. 2011 sind die Regelungen zum Reiten und Fahren im Landeswaldgesetz novelliert worden. Die bis dahin geltende Beschränkung auf die Nutzung ausgewiesener Reitwege ist gelockert und die Möglichkeit des Reitens im Wald erweitert worden: Die Waldbesitzer können eigenverantwortlich entscheiden, inwieweit sie auf den in ihren Forsten gelegenen Wegen eine Reitnutzung gestatten. Aus Sicht der Touristiker geht diese Liberalisierung nicht weit genug.

An dem Expertengespräch nahmen unter anderem Interessenvertreter des Reittourismus und weiterer Nutzflächen als Sachverständige teil. Vertreter der Reittourismusbranche sagten, Reiturlaub sei ein Wirtschaftsfaktor, allerdings sei M-V aufgrund der wenigen Rundwege und durch das Fehlen eines zusammenhängenden Reitwegenetzes für mehrtägige Aufenthalte von Reittouristen uninteressant. Zudem fehle es zum Beispiel an Anbindungen für regional übergreifende Reitwege und Fernreitwege, so die Landesforst M-V. Allerdings wurde eine überall geltende Reiterlaubnis ohne Ausgleichszahlungen an die Eigentümer betroffener Grundstücke und Wege ausdrücklich vom Waldbesitzerverband abgelehnt. Wichtig sei hingegen ein öffentlich ab-

gestimmtes Reitwegenetz in Absprache mit den ortsansässigen Jägern und Verbänden, so der Landesjagdverband. Angehört wurde auch Michael Walter vom Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft des Landes Brandenburg. Er informierte, dass in Brandenburg die Reitwegeregelung im Jahr 2004 liberalisiert und eine Entschädigungsregelung gegenüber dem Land aufgenommen worden sei. Das Reiten sei auf allen Wegen, die mit zweispurigen Kraftfahrzeugen befahren werden könnten, im Wald und in der Landschaft erlaubt. Entschädigungsansprüche seien bislang nicht geltend gemacht worden.

Die Vorsitzende des Agrarausschusses, Elisabeth Aßmann, und der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses, Dietmar Eifler, haben im Anschluss an das Expertengespräch erklärt, dass sich beide Fachausschüsse mit den Argumenten der Sachverständigen in weiteren, nicht öffentlichen Sitzungen näher auseinandersetzen werden.

## Richter gesucht

Rechtsausschuss beschäftigt sich erneut mit Zukunft der Justiz

■ In einem nichtöffentlichen Expertengespräch mit Wissenschaftlern und Praktikern zur „Zukunft der Justiz in Mecklenburg-Vorpommern“ hat sich der Rechtsausschuss am 16. Januar unter anderem mit der schwierigen Nachwuchsgewinnung in juristischen Berufen beschäftigt. Als Experten eingeladen waren Vertreterinnen und Vertreter vom Richterbund, der Deutschen Justiz-Gewerkschaft sowie aus weiteren Fachbereichen der Justiz.

Sie führten aus, dass M-V vor einer Pensionierungswelle stehe. Zudem befindet sich das Land im Wettbewerb mit anderen Bundesländern und der Wirtschaft, die ebenfalls nach Juristinnen und Juristen suchten. Die Expertinnen und Experten zeigten den Ausschussmitgliedern Möglichkeiten auf, wie die Wettbewerbssituation im Land verbessert werden kann. Die Anregungen

werden nun in den Fraktionen weiter diskutiert. Bereits im vergangenen Jahr hatte sich der Landtag mit dem Thema beschäftigt und einer Beschlussempfehlung des Ausschusses folgend Maßnahmen getroffen, mit denen das Studium und das Referendariat im Land interessanter gestaltet werden soll. Die Ausschussmitglieder waren und sind sich einig, dass mehr getan werden müsse, um die Ausbildung und das Berufsbild auf allen Ebenen juristischer Tätigkeiten attraktiver zu machen.

## Ausschuss der Regionen

### 133. Plenartagung: Gesundheitswesen digital

■ Der Landtagsabgeordnete Tilo Gundlack hat am 6. und 7. Februar an der 133. Plenartagung des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR) in Brüssel teilgenommen. Die AdR-Mitglieder befassten sich unter anderem mit der europäischen Grenz- und Küstenwache, der erneuerten Agenda für Forschung und Innovation, Künstlicher Intelligenz, der Bekämpfung von Desinformation im Internet, den Prioritäten der rumänischen Ratspräsidentschaft sowie mit dem automatisierten Fahren.

Aus Sicht des Landes bildeten das 8. EU-Umweltaktionsprogramm sowie der Entwurf zur Digitalisierung im Gesundheitswesen Schwerpunkte der Tagesordnung. Darin geht es um mehr grenzüberschreitende Kontinuität in der Gesundheitsversorgung. In diesem Zusammenhang standen auch die Themen neue Pflegemodelle, EU-weite Normung elektronischer Patientenakten, sicherer Austausch von Daten, bessere Nutzung von Gesundheitsdaten in Forschung und Innovation sowie ein leichter Zugang der Bürger zu ihren Gesundheitsdaten neben der Gewährleistung einer personalisierten Gesundheitsversorgung. Bei einer Sitzung der deutschen und österreichischen Delegation mit Tilo Gundlack und Justizministerin Katy Hoffmeister berieten zudem die Delegierten mit EU-Kommissar Günther Oettinger.



Foto: Sekretariat der Deutschen Delegation im AdR

Die Deutsche Delegation beim 133. AdR-Plenum u.a. mit EU-Kommissar Günther Oettinger (Mitte), Justizministerin Katy Hoffmeister (rechts daneben) und Tilo Gundlack, MdL (hinten rechts)

## NSU-Anhörung

Parlamentarierinnen vom Thüringer Landtag beantworten Fragen

■ Am 11. Januar tagte der **Parlamentarische Untersuchungsausschuss (PUA) zum ersten Mal öffentlich. Auf der Tagesordnung stand die Anhörung der Vorsitzenden des Thüringischen Untersuchungsausschusses, Dorothea Marx (SPD), und der Abgeordneten Katharina König-Preuss (DIE LINKE). Die Parlamentarierinnen berichteten sowohl über die Arbeitsweise des Ausschusses in Thüringen, als auch über die Erkenntnisse, die der dortige Ausschuss über die Verbindungen des NSU-Trios und dessen Unterstützer nach M-V erlangen konnte.**

Rund 50 Interessierte sowie Medienvertreterinnen und -vertreter verfolgten diese erste öffentliche Sitzung des Untersuchungsausschusses von der Besuchertribüne aus. „Ich möchte den Parlamentarierinnen und Parlamentariern Mut machen, darauf zu bestehen, dass die Akten ungeschwärzt zur Verfügung gestellt werden. Ohne genaue Kenntnis der Akten wäre eine Aufklärung in Thüringen nicht möglich gewesen“, appellierte Dorothea Marx an ihre Kolleginnen und Kollegen im Landtag Mecklenburg-Vorpommern.

Katharina König-Preuss ergänzte: „Es gibt zahlreiche belegte Verbindungen des NSU-Kerntrios (Nationalsozialistischer Untergrund) und des NSU-Unterstützerfeldes nach Mecklenburg-Vorpommern. Die Aufklärung über die genauen Strukturen kann und muss jedoch durch den Untersuchungsausschuss in Mecklenburg-Vorpommern erfolgen.“

Nach den Berichten der thüringischen Abgeordneten stellten die PUA-Mitglieder zahlreiche Nachfragen. Im Ergebnis der Anhörung gab es neben einem Überblick über Namen und Strukturen der hiesigen rechten Szene, wertvolle Tipps für die weitere Arbeit des Ausschusses. „Das war eine gelungene Anhörung und ich freue mich über das Angebot der Kolleginnen, auch zukünftig mit unserem Untersuchungsausschuss zusammen arbeiten zu wollen“, sagte Ausschussvorsitzende Ann Christin von Allwörden.

Im Anschluss kam der Ausschuss zu seiner 9. Sitzung zusammen, um über zwei weitere Beweisanträge zu beschließen. Die Mitglieder wollen Einsicht in zwei Vernehmungsprotokolle eines anderen Untersuchungsausschusses erhalten und haben darüber hinaus eine Übersicht über den vorhandenen Aktenbestand bei den hiesigen Behörden angefordert.

**Manfred Dachner**, Mitglied der SPD-Fraktion des Landtages M-V, Vorsitzender des Petitionsausschusses



Manfred Dachner

■ **Politiker sind auch nur Menschen.** Eine Binsenweisheit, die aber doch nicht selten aus dem Blick gerät. Mit unserer Rubrik „Persönliches Dutzend“ wollen wir Ihnen in loser Folge Abgeordnete mal von einer anderen, persönlichen Seite zeigen. Diesmal Manfred Dachner (SPD-Fraktion). Der frühere Polizist gehört dem Landtag seit 2011 an und ist Vorsitzender des Petitionsausschusses.

### 1. Ihr Lieblingsort (-platz) in Mecklenburg-Vorpommern?

Die Konzertkirche in Neubrandenburg. Sie ist für uns Neubrandenburgerinnen und Neubrandenburger ein Alleinstellungsmerkmal, das bis weit über die Landesgrenzen hinaus bekannt ist und auf deren Ausstrahlung wir sehr stolz sind.

### 2. Ihr Lieblingsbuch?

Die Autobiografie „Neger, Neger, Schornsteinfeger! Meine Kindheit in Deutschland.“ zusammen mit „Hänschen klein, ging allein ... Mein Weg in die neue Welt.“ von Hans-Jürgen Massaquoi. Sie erzählen das Leben eines Kindes, dessen Schicksal unter der Herrschaft des Nationalsozialismus sowie weiteren Lebensweg und sollten uns Mahnung sein, dass alle Kinder und Menschen die gleiche Würde erfahren müssen.

### 3. Ihr Lieblingsfilm?

Natur- und Dokumentarfilme. Darüber hinaus ist es über die vielen Jahre zur Weihnachtszeit eine Tradition geworden „Der kleine Lord“ zu schauen. Es ist eine unterhaltsame Begebenheit, in der sich viele Menschen persönlich wiederfinden können und die mit einem schönen Ausgang endet.

### 4. Ihre Lieblingsmusik(er)?

Die bezaubernde und beschwingte Musik von André Rieu und seinem Orchester tun meiner Seele nach Tagen und Wochen der Anspannung besonders gut.

### 5. Welches Vorbild beeindruckt Sie und warum?

Ich hatte in meinem Leben von Kindheit an stets Vorbilder. In jedem Lebensabschnitt waren sie mir hilfreiche Wegweiser, wie zum Beispiel ein Schulfreund, dem ich dieses beim ersten Klassentreffen nach 40 Jahren zu seiner großen Überraschung erzählte, oder die ältere Dame in der Nachbarschaft, die ihre beiden Enkel unter schwierigen Bedingungen großzog.

### 6. Ihr Motto?

„Man kann viel, wenn man sich nur recht viel zutraut.“ Wilhelm von Humboldt

### 7. Ich kann lachen, wenn ...

man mir heute Polizeiwitze erzählt, früher war ich da stinksauer.

### 8. Ich ärgere mich ...

wenn man Politikerinnen und Politiker nur negativ pauschal beurteilt. Am Wohlstand unseres Landes haben alle Menschen gleichermaßen Anteil.

### 9. In zehn Jahren werde ich ...

hoffentlich noch so gesund und vital sein, dass ich meine Freizeit mit weniger ehrenamtlichen Tätigkeiten ausfülle und dafür mit meiner Familie und Enkel den Lebensabend genießen kann.

### 10. Hätte ich einen Wunsch frei ...

dann würde ich mir wünschen, dass alle Menschen unabhängig ihrer Herkunft, Geschlecht, gesellschaftlicher Schicht oder Konfession friedlich miteinander umgehen.

### 11. Ich bin ...

wie ich bin, immer ein optimistischer, nachdenklicher und auf den Ausgleich bedachter Mensch.

### 12. Glück ist für mich ...

wenn ich glückliche Menschen sehe, die so wie ich ganz besonders mit ihren Kindern und Enkelkindern voller Freude und zwanglos vom Alltag befreit die Zeit verbringen können.



Vorab-Stippvisite im Plenarsaal für die Teilnehmenden des Landesfinals „Jugend debattiert“, das am 26. März 2019 in Schwerin stattfinden wird. Foto: Landtag M-V

## Jugend debattiert im Landtag

Für die meisten war es der erste Besuch im neuen Plenarsaal – für alle aber definitiv nicht der letzte! Denn am 26. März kommen diese 16 Schülerinnen und Schüler erneut ins Schweriner Schloss – dann zum Landesfinale des bundesweiten Wettbewerbs „Jugend debattiert“. Die Mädchen und Jungen haben sich in ihren Schul- und Regionalauscheiden durchgesetzt und für das Finale

in Schwerin qualifiziert. Die Stippvisite im Schloss am 5. März gehörte zum Rahmenprogramm eines mehrtägigen Rhetorik-Seminars, bei dem sich die Jugendlichen mit Unterstützung erfahrener Trainer den letzten Schliff fürs Landesfinale holten. Gekrönt wurde der abendliche Schlossbesuch von einem Dachspaziergang, der dann auch den letzten überzeugte: Mecklenburg-Vorpommern hat wirklich den schönsten Landtagsitz Deutschlands!



## Verraten. Dem Tode geweiht. Überlebt.

Batsheva Dagan berichtete  
in Holocaust-Gedenkstunde von ihrem Schicksal

■ Batsheva Dagan ist 17, als ihr Leben zu Ende scheint: Sie ist Jüdin, 1942 unter falscher Identität von Polen nach Deutschland geflohen und verraten worden. Sie kommt in mehrere Konzentrationslager. Schließlich Auschwitz. Und überlebt. Sie hat sich geschworen: Diese Hölle darf sich nicht wiederholen. Deshalb erzählt sie ihr Schicksal in Büchern und Jugendprojekten auf der ganzen Welt. Ein Engagement gegen das Vergessen, das sie seit vielen Jahren auch immer wieder nach Mecklenburg-Vorpommern führt. Anlässlich des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus erzählte sie am 22. Januar in einer Gedenkstunde des Parlaments von ihrem Schicksal.

Krieg. Flucht. Elend. Angst. Tod. Auf dem Foto, das der Beamer schwarz-weiß an die Wand des Plenarsaals wirft, ahnt das kleine Mädchen in der Mitte noch nicht, was das ist. Damals heißt Batsheva Dagan noch Isabella Rubinsztheyn. Sie ist zwei Jahre alt, ein unbeschwertes Kind. Umgeben von Mutter, Vater, fünf

Brüdern und drei Schwestern. „Dass ich das Foto habe, ist ein Wunder.“

Ihre Kindheit endet, als die Wehrmacht Polen überrollt. Der Zweite Weltkrieg beginnt am 1. September 1939. Am 8. September ist Łódź erobert. Am 8. September wird Isabella vierzehn – und



Fotos: Uwe Sinnecker

Beate Schlupp, 1. Vizepräsidentin des Landtages,  
gedachte der Opfer des Nationalsozialismus.

ihr Leben aus den Fugen gerissen. Die Nachricht von der Errichtung eines Ghettos macht die Runde. Ihre älteren Brüder und eine Schwester fliehen in die Sowjetunion. Die Eltern versuchen, mit Isabella, Sabina und Genia bei Verwandten in Radom dem Ghetto zu entgehen. Die Hoffnung zerschlägt sich 1941. Das Lager in Radom wird 1942 liquidiert. Der Befehl, sich am Sammelpunkt einzufinden, kommt mitten in der Nacht. Ihnen bleiben zehn Minuten. Dann werden sie getrennt, Eltern und Genia in die Gaschamber nach Treblinka verschleppt.



Foto: Uwe Sinnacker

v.l. Batsheva Dagan, Claudia Richter, Petra Klawitter und Phillip Dingler

## Dann wird sie verraten

Isabella flieht mit falschen Papieren nach Deutschland. Kommt als Dienstmädchen nach Schwerin, in eine Nazi-Familie. Fünf Monate lang arbeitet sie im Haus des Landesgerichtsdirektors, muss täglich Hitlers Bild abstauben. Dann wird sie verraten. Von wem, weiß sie nicht. Nach einer Odyssee durch sechs Gefängnisse landet sie im Mai 1943 in Auschwitz. Da ist sie 17. Sie erhält die Uniform eines toten russischen Soldaten. Ihre Haare werden geschoren. Ab sofort ist sie, unübersehbar tätowiert auf ihrem linken Arm, Häftling Nummer 45554. Vor ihr liegen 20 Monate Gefangenschaft in einer Baracke mit 800 Frauen. Die Angst ist allgegenwärtig. Jede Stunde. Jede Minute. Jede Sekunde. „Es gibt nichts Schlimmeres, als mit

### Gedenktag

Am 27. Januar 1945 befreite die Rote Armee das KZ Auschwitz. Der frühere Bundespräsident Roman Herzog hatte für die Befreiung des Konzentrationslagers einen Gedenktag angeregt. Seit 1996 gedenkt Deutschland am 27. Januar der Opfer des Nationalsozialismus. In M-V fand die Gedenkstunde des Landtags diesmal am 22. Januar statt.

Angst zu leben“, erzählt sie den Zuhörern im Plenarsaal. Unter ihnen: Rund 100 Schülerinnen und Schüler mehrerer Schweriner Schulen. Die 93-Jährige blickt zu ihnen hinauf auf die Zuschauererränge. „Ihr seid meine Hoffnung für ein besseres Deutschland und eine friedvolle, tolerante Gesellschaft.“

## Vollkommene Ruhe im Saal

Es ist mucksmäuschenstill, als sie in der Zeit wieder zurückreist. Jung und arbeitsfähig entgeht sie der Selektion. Als die Rote Armee sich Auschwitz nähert, beginnt die SS, das Vernichtungslager zu räumen und schickt die Häftlinge auf den Todesmarsch. Drei Tage und drei Nächte bei minus 20 Grad durch Kälte und Schnee bis Leslau (heute Włocławek). Wer nicht mehr gehen kann, wird erschossen. Batsheva Dagan kommt nach Ravensbrück, dann nach Malchow. Am 2. Mai 1945 wird sie auf dem Todesmarsch bei Lübz befreit.

„Die Taten sind unvorstellbar, das Ausmaß des Leides nicht zu begreifen“, sagte Beate Schlupp, 1. Vizepräsidentin des Landtags, im Gedenken an die vielen Millionen Menschen, die „dem Rassenwahn des Nationalsozialismus“ zum Opfer gefallen seien.

## In der Verrohung lag der Anfang

Der Plenarsaal ist bis zum letzten Platz gefüllt. Mit Abgeordneten. Geladenen Gästen. „Jeder Einzelne von Ihnen bezieht mit der heutigen Anwesenheit eine klare, offen sichtbare, persönliche Position. Sie halten die Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus lebendig und zeigen Verantwortung. Verantwortung dafür, dass menschenverachtende Ideologien nie wieder Einfluss bekommen und nicht auch nur ein einziges Menschenleben vernichten können.“ Sie betonte, dass die Verbrechen des Nationalsozialismus nicht erst in den Vernichtungslagern ihren Anfang genommen hätten. „Sie begannen mit einer schrittweisen Verrohung der deutschen Gesellschaft: Zuerst in der Sprache, dann durch Taten. Aus Intoleranz und Ausgrenzung wurde Hass und Gewalt. Zu viele Menschen schauten weg oder dachten, sie seien nicht betroffen. Bis es zu spät war.“

Batsheva und drei Brüder sind die einzigen aus ihrer Familie, die den Krieg überleben. Nach ihrer Befreiung schlägt sich die junge Frau bis nach Brüssel durch. Hier lernt sie den Wiener Paul Kornweiz kennen, einen Soldaten

der britischen Armee. Zusammen reisen sie nach Palästina, heiraten 1946 und nennen sich fortan Dagan. „Das ist die hebräische Übersetzung von Korn und Weizen.“ Und Batsheva? „Ich war in einer jüdischen Jugendorganisation, da musste man sich einen hebräischen Namen aussuchen.“ Den habe sie dann einfach behalten.

## Schwur auf der Pritsche

Sie erzählt von ihrer Familie, dem frühen Tod ihres Mannes. Von ihren beiden Söhnen, den 10 Enkeln und 25 Urenkeln. Und davon, dass sie sich „auf der Pritsche in Auschwitz“ geschworen habe: Wenn sie überlebt, muss sie der Welt davon berichten. Sie wird Kindergärtnerin, studiert Psychologie und beginnt zu schreiben. Bücher, in denen sie vor allem Kindern vom Holocaust erzählt. Ihre Geschichten haben immer ein Happy End. „Weil ich den Kindern den Glauben an die Menschen nicht rauben will.“ Seit vielen Jahren fliegt sie als Zeitzeugin von ihrer Heimat Israel um die ganze Welt. Seit 2002 unterstützt sie auch zahlreiche Landesprojekte, in denen sich Jugendliche mit den Verbrechen des Nationalsozialismus auseinandersetzen. „Die Zeit des Nationalsozialismus ist für Jugendliche fern, aber dank Batsheva Dagan nicht mehr anonym“, so Beate Schlupp.

## Lebendige Geschichte

Mit ihrem Engagement gegen das Vergessen hat Batsheva Dagan ein deutschlandweites Netzwerk geknüpft. Ein Netzwerk, das ihre Botschaft mit vielen Projekten weiterträgt. So wie Petra Klawitter. Sie ist Lehrerin an der Europaschule Rövershagen. Zusammen mit 15 Schülern betreibt sie eine Projektgruppe, die Kriegsgräber pflegt und nach Schicksalen und Zeitzeugen forscht. Sie waren in Polen, in Auschwitz, in Rumänien, in Yad Vashem in Israel. Und haben einen alten Eisenbahnwaggon als Mahnmal auf den Schulhof gestellt. „Das ist lebendige Geschichte, die kein Geschichtsbuch ersetzen kann“, sagt Petra Klawitter. Neben ihr sitzt ein junger Mann, den Batsheva Dagan ebenfalls gut kennt: Phillip Dingler. Als sie sich 2013 das erste



Foto: Uwe Sinnecker

Schülerinnen und Schüler aus Schwerin hörten gebannt zu.

Mal begegnen, ist er noch Schüler am Gymnasium in Parchim, beim Projekttag des Landtags in Ravensbrück dabei und tief bewegt. „Sie saß vor uns – ruhig und bedächtig. Ich war sehr nervös – mache ich alles richtig? Doch das war gar nicht wichtig“, schreibt er in einem Gedicht zu diesem Tag: „Sie rührte und bewegte, sie sorgte und hegte, sie spaßte und lachte und das alles machte etwas mit mir. Ich wusste – ich bin hier. Ich bin bewegt, um zu bewegen. Bewegt für ein gutes Leben als Zeuge der Zeit. Ich bin bereit.“ „Ich bin stolz, dass du so denkst“, bedankt sich Batsheva Dagan. Es ist einer der wenigen Momente an diesem Abend, in dem ihre Stimme zittert.

## Chika für Grimme-Preis nominiert

Zwei Stunden lang nimmt Batsheva Dagan die Gäste mit auf Zeitreise durch ihr Leben. Mit Gedichten. Erinnerungen. Bildern. Und dem Trickfilm „Chika, die Hündin aus dem Ghetto“. Er ist für den diesjährigen Grimme-Preis nominiert. Zum Abschied legt Beate Schlupp ihr das Schweriner Schloss in die Hände. Als gerahmtes Aquarell. „Ich glaube, nicht nur Kinder brauchen ein Happy End. Wenn Sie in Israel dieses Bild betrachten, kann es vielleicht zum Sinnbild Ihres ganz persönlichen Happy Ends mit Schwerin werden.“ Batsheva Dagan antwortet: „Ich sehe euch alle als meine,

als unsere Botschafter. Ihr, die Jugend, und ihr, die Leute aus diesem Haus, die viel machen können, um das Gedenken an die Shoa weiterzuführen und diese schreckliche Zeit in der Zukunft zu vermeiden. Ich verabschiede mich von euch mit Tränen der Freude.“

### Dokumentation zum Bestellen und als Download

#### „Ihr seid die Zeugen der Zeugin“



Die Dokumentation zur Gedenkveranstaltung können Sie bestellen unter Tel.: 0385 - 525-2113 oder über <https://www.landtag-mv.de/landtag/publikationen-bestellen.html>. Hier kann sie auch heruntergeladen werden.

Foto: Landtag M-V



Foto: Landtag M-V



Foto: Bayerische Vertretung in Brüssel/Vivian Hertz



Foto: Bayerische Vertretung in Brüssel/Vivian Hertz

Die 2. Vizepräsidentin, Dr. Mignon Schwenke, hat am 11. Februar den Stellvertretenden Botschafter Großbritanniens, Robbie Bulloch, im Landtag empfangen. Bei einem kurzen Rundgang zeigte sich der Botschaftsgesandte beeindruckt vom Schweriner Schloss und seinen Räumlichkeiten. Anschließend sprachen die 2. Vizepräsidentin und der Gesandte Bulloch vor allem über die aktuellen politischen Herausforderungen in Europa, insbesondere über den Brexit. Robbie Bulloch ist seit Dezember 2017 Stellvertretender Botschafter bei der Britischen Botschaft in Berlin.

Das 3D-Bronze-Relief zum Schweriner Residenz-Ensemble steht schon eine Weile in der Nähe der Siegestsäule – jetzt nun wurde es im Beisein der 1. Vizepräsidentin des Landtages, Beate Schlupp, des Landtagsdirektors, Armin Tebben (re.), und Schwerins Oberbürgermeister Dr. Rico Badenschier (li.), feierlich vom Welterbe Schwerin Förderverein der Stadt Schwerin übergeben. Dazu Vizepräsidentin Schlupp: „Ich danke dem Förderverein für sein tolles Engagement und beglückwünsche Schwerin zu diesem attraktiven Stadtmodell.“ Das Welterbe-Modell des Künstlers Egbert Broerken macht für Nichtsehende und Sehende die Stadtansicht Schwerins mit Schloss begreifbar. Initiiert und umgesetzt wurde das aus Spenden finanzierte Relief vom Welterbe Schwerin Förderverein.

Beate Schlupp, 1. Vizepräsidentin des Landtages M-V, hat gemeinsam mit ihren Kolleginnen und Kollegen der deutschen und österreichischen Landesparlamente dazu aufgerufen, am 26. Mai 2019 zur Europawahl zu gehen und so die Möglichkeit zur Mitbestimmung des Europäischen Parlamentes aktiv zu nutzen. Zudem forderte die Vizepräsidentin und die weiteren Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten der deutschen und österreichischen Landesparlamente, des Südtiroler Landtages sowie des Deutschen Bundestages und des deutschen und österreichischen Bundesrates unter Beteiligung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens auf der Europakonferenz am 28. und 29. Januar in der Bayerischen Landesvertretung in Brüssel eine Verbesserung der Mitwirkungsmöglichkeiten der Landesparlamente in europäischen Entscheidungsprozessen. Beate Schlupp: „Es ist unsere Aufgabe, den Menschen in unseren Ländern den Sinn europäischer Regelungen zu vermitteln. Und wir müssen aber auch berechtigte Einwände vorbringen, wenn europäische Regelungen über das Ziel hinausschießen.“

